

Liebe Leser,  
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend  
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für  
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen .....</b>	<b>5</b>
Stadtrat Hoyerswerda .....	5
Hoyerswerda sagt Nein zu links-grünen Spielchen.....	5
<b>Termine – Kreisverband Bautzen.....</b>	<b>6</b>
Überblick – Alle Termine momentan unter Vorbehalt. Bitte haben Sie Verständnis, daß es zu kurzfristigen Absagen kommen kann!.....	6
<b>Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag .....</b>	<b>8</b>
Ankündigung Informationsfahrten 2020 – Termin Mai unter Vorbehalt .....	8
<b>Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag</b>	<b>9</b>
Eine Alternative für die Zukunft?.....	9
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 8.3.2020 .....	10
Genug GEZahlt! – Jetzt mitmachen und unterschreiben!.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.3.2020 .....	13
Corona-Virus: Grenze dichtmachen!.....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.3.2020 .....	13
Corona-Epidemie: Krisenstab der Staatsregierung ist ein Witz.....	13
Immer mehr Kleine Waffenscheine: Kein grüner Nachlass bei Strafverfolgung! .....	14
AfD deckt auf: Von regionaler Lebensmittelproduktion sind wir meilenweit entfernt!.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.3.2020 .....	15
Gleiches Vergehen: Rentner muss in Knast / Grüner wird Minister .....	15
Keine GEZ-Zwangsgebühren-Erhöhung, Herr Kretschmer!.....	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.3.2020 .....	16
CDU wählt SED-Mann in Gremium für DDR-Opfer.....	16
Dringlichkeitsantrag: Schulen und Grenzen sofort schließen!.....	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.3.2020 .....	18
Zehn Sofortmaßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus .....	18

<b>Neues von der Alternative für Deutschland .....</b>	<b>19</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.3.2020 .....	19
Massenhafte Aufnahme von Jugendlichen wird Migrationswelle befeuern .....	19
Wer sich von Kinderbildern erpressen lässt, spielt Erdogan in die Karten .....	19
Vorbilder Polen & Tschechien: Grenzkontrollen wieder durchführen! .....	20
Nur die AfD sorgt wieder für Sicherheit!.....	21
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.3.2020 .....	21
Etablierte Parteien für Gewalt gegen AfD-Politiker mitverantwortlich .....	21
Auch ausländische Straftäter gehören verurteilt! .....	22
Wegen Corona: Krankschreibung ohne Arztbesuch! .....	23
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.3.2020 .....	23
AfD-Politiker entkräften Vorwürfe des Verfassungsschutzes .....	23
Medikamenten-Notstand beenden – Arzneimittelproduktion wieder im eigenen Land sicherstellen .....	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.3.2020 .....	25
COVID19 – Nichtstun der Bundesregierung gefährdet Leib und Leben der Menschen.....	25
<b>Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....</b>	<b>26</b>
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.3.2020 .....	26
Volksverhetzung als Wort zum Sonntag.....	26
Milchbauern brauchen faire Erzeugerpreise .....	27
Aufnahme von unbegleiteten Jugendlichen bedeutet Dambruch! .....	27
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.3.2020 .....	28
Reisewarnung für Italien muss sofort ausgesprochen werden .....	28
Corona-Virus – AfD-Fraktionen fordern bessere Vorbereitung der Schulen.....	28
Abtreibungen kein effizientes und ethisches Mittel zur Eindämmung der afrikanischen Bevölkerungsexplosion .....	29
Erdogan trägt die Verantwortung für das Flüchtlings-Chaos.....	30
Resolutionen der bildungspolitischen Sprecher zur besseren Vorbereitung von Schulen auf das Corona-Virus .....	30
GroKo lässt sich erpressen: Kullertränen als Schutzschild fremder Interessen.....	31
Die moralische Erpressungspolitik.....	33
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.3.2020 .....	33
Fachkräfteengpass verstärkt die Corona-Krise.....	33
Der deutsche Film muss attraktiver werden – für eine Reform der Filmförderung.....	34
Heimische Landwirtschaft vor den Auswirkungen des Mercosur-Abkommens schützen.....	34

Kommunalpolitiker, Richter, Soldaten und Angehörige des öffentlichen Dienstes besser schützen!.....	35
Rekord: 250.000 Ausreisepflichtige! .....	36
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.3.2020 .....</b>	<b>36</b>
Bundesregierung hält Fehleinschätzung der Bundesanwaltschaft im Fall Hanau für gerechtfertigt .....	36
Die Linke fordert ein bürokratisches Monster zur Personalbemessung für die Pflege in stationären Einrichtungen.....	37
Gesetzentwurf zur „Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ enthält Vielzahl von Schwachstellen .....	38
Wir brauchen und wollen mehr Sitzungswochen im Deutschen Bundestag.....	39
Sea Guardian beenden .....	40
GroKo verhindert Aufsetzung des AfD-Antrags zum NetzDG .....	40
<b>PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.3.2020 .....</b>	<b>41</b>
Bundesregierung wusste bereits 2013 um Versäumnisse im Falle einer Pandemie .....	41
Bundesregierung leugnet Pull-Effekt von Sozialleistungen in Deutschland.....	41
Die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes wird eine zunehmende Gefahr für unsere Demokratie.....	42
<b>Videos aus Sachsen und den Parlamenten .....</b>	<b>44</b>
AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag.....	44
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag .....	44
AfD Kompakt TV .....	44
<b>Meldungen aus Deutschland und der Welt .....</b>	<b>45</b>
Deutschland.....	45
K.I.Z: Am Corona-Virus sterben nur alte, weiße Männer.....	45
Private Wachleute vor Kasernen kosten jährlich 430 Millionen Euro.....	45
Bei Bayer geht's nach hinten los... Armes Deutschland! .....	45
Migrationskrise: Verschweigt Türkei eine Corona-Epidemie? .....	45
„Ihr seid verloren“: Xavier Naidoo kritisiert Flüchtlings-Politik .....	45
Das Kind auf dem Weg nach Deutschland. Elter 1-5.000 als Begleitung dabei. ....	45
Mikrochips unter der Haut: Mit der Hand bezahlen – sieht so unsere Zukunft aus?.....	45
AfD-Fraktion Sachsen stellt Dringlichkeitsantrag: Schulen und Grenzen sofort schließen! .....	45
<b>Informationen zum Coronavirus .....</b>	<b>46</b>
Überblick der weltweiten Ausbreitung.....	46
WHO erklärt Corona-Krankheit COVID-19 zur Pandemie.....	46



Tschechien Ruft Nationalen Notstand Aus - Neue Maßnahmen gegen Corona.....	46
Live-Ticker: Tödliches Coronavirus aus China breitet sich aus – alle Updates .....	46
12 Personen im Landkreis Bautzen mit Corona-Virus infiziert .....	46
Ungarn sperrt Grenzübergänge.....	46
Kommunalmandate im KV Bautzen .....	47
PRESSE-ARCHIV .....	47
SPENDENKONTO.....	47
KONTAKT:.....	47

## Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

### Stadtrat Hoyerswerda

#### Hoyerswerda sagt Nein zu links-grünen Spielchen

Nun ist es raus, die Linken (17,2%), Grünen (3,8%) und „Aktives Hoyerswerda“ (8,5%) werden Dorit Baumeister zur Oberbürgermeisterwahl in Hoyerswerda unterstützen.

Dass man nur mit „bunten“ Bündnissen gegen uns als stärkste Partei ankommen wird, haben wir bereits vorausgesagt nun ist es amtlich.

Alle DREI Parteien kommen zusammen gerade einmal knapp über das Kommunalwahlergebnis, welches wir ALLEIN als Alternative für Deutschland bei der Wahl in 2019 eingefahren hatten.

Wir haben ein anderes Verständnis von Demokratie. Die Blockparteien sollten bestrebt sein, das eigene Profil zu schärfen, anstelle dem Stimmenrückgang der Wähler mit irgendwelchen „bunten Bündnissen“ zu begegnen, nur um weiterhin gemeinsam Posten besetzen zu können - alles gegen den Wählerwillen.

Lassen Sie uns im September damit Schluss machen - es ist Zeit für frischen Wind!

Wir als AfD stehen zu unseren Werten und unserem Programm und stellen Marco Gbureck als unseren Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl gegen das Kartell aus Blockparteien und „bunten Bündnissen.“

Belohnen Sie unseren Mut und wählen Sie im September Marco Gbureck für die AfD als Oberbürgermeister in das Rathaus von Hoyerswerda.

Aus Liebe zur Heimat - AfD!  
Toni Schneider, Stadtrat

<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=1321706724704582&set=a.156459127896020&type=3&theater>





## Termine – Kreisverband Bautzen

**Überblick – Alle Termine momentan unter Vorbehalt. Bitte haben Sie Verständnis, daß es zu kurzfristigen Absagen kommen kann!**

Di	17.03.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	18.03.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	18.03.20	19.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1A 02977 Hoyerswerda	KLARTEXTRUNDE mit Marco Gbureck Kandidat der AfD zur Oberbürgermeisterwahl in Hoyerswerda - September 2020
Do	19.03.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	19.03.20	19.00 Uhr	Stausee/Sohland	Wahl BM-Kandidat Cunewalde
Fr	20.03.20	14.00-19.00 Uhr	Bürgerbüro Königsbrück Weißbacher Str. 23 01936 Königsbrück	ERÖFFNUNG BÜRGERBÜRO des Landtagsabgeordneten Timo Schreyer
Mi	25.03.20	15.00-17.00 Uhr	Stadtverwaltung Wilthen Bahnhofstr. 5 02681 Wilthen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Frank Peschel, MdL sowie den Stadträten Gundolf Göbel und Uwe Flack
Fr	27.03.20	15.00-18.00 Uhr	Bürgerbüro Bischofswerda Bautzener Str. 4 01877 Bischofswerda	ERÖFFNUNG BÜRGERBÜRO des Landtagsabgeordneten Frank Peschel

Mo	30.03.20	19.00 Uhr	Hotel Evabrunnen Altmarkt 30 01877 Bischofswerda	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse (MdB) Bericht aus Berlin und Diskussion zu aktuellen Themen
Di	31.03.20	14.30-17.30 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Do	02.04.20	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Do	02.04.20	19.00 Uhr	Arnsdorf ?	BUNDESTAGSFRAKTION VOR ORT mit Heiko Hessenkemper, Siegbert Droese und Karsten Hilse
Do	02.04.20	19.00 Uhr	Hotel Residence Bautzen Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	VORTRAGSVERANSTALTUNG mit Jörg Urban und Dr. Rolf Weigand "Bildung in Sachsen"
Di	07.04.20	19.00 Uhr	Restaurant Blaue Kugel Hauptstr. 97 02733 Cunewalde	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse (MdB) Bericht aus Berlin und Diskussion zu aktuellen Themen
Do	16.04.20	19.00 Uhr	Gaststätte Sachsenkrone Poststr. 1B 01896 Ohorn	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse (MdB) Bericht aus Berlin und Diskussion zu aktuellen Themen
Fr	17.04.20	19.00 Uhr	Arnsdorf ?	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse (MdB) und Detlef Oelsner Bürgermeisterwahlkampf Arnsdorf
Do	23.04.20	19.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1A 02977 Hoyerswerda	STAMMTISCHRUNDE mit Marco Gbureck Kandidat der AfD zur Oberbürgermeisterwahl in Hoyerswerda - September 2020



Mi	29.04.20	19.00 Uhr	Kamenz Hotel Stadt Dresden Weststraße 10 01917 Kamenz	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse (MdB) und Martin Hess (MdB) Vortrag und Diskussion zum Thema Waffenrecht

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

## Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

### Ankündigung Informationsfahrten 2020 – Termin Mai unter Vorbehalt

Auch in diesem Jahr werden wir wieder Informationsfahrten nach Berlin für Sie organisieren.

Folgende Termine sind geplant: 28./29. Mai 2020 / 10./11. Dezember 2020

Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte mit Name, Anschrift, Geburtsdatum und Geburtsort (dieses benötigen wir für die Anmeldung im Bundestag) für das gewünschte Datum bei uns unter folgender Emailadresse an: [karsten.hilse.ma03@bundestag.de](mailto:karsten.hilse.ma03@bundestag.de).

Für Rückfragen stehen wir ebenso unter Tel. 03591 / 3512744 gern zur Verfügung.





## Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

### Eine Alternative für die Zukunft?

Na gut, diese Überschrift ist zweideutig. Es war die Alternative für Deutschland, die zu diesem Vortrag in das Hotel „Residence“ in Bautzen eingeladen hatte. Und es sprach Dr. Götz Ruprecht vom Institut für Festkörper-Kernphysik Berlin.



Von links: Karsten Hilse, MdB – Dr. Götz Ruprecht – Jörg Urban, MdL

<https://www.facebook.com/bautzenerbote/photos/a.118251381602540/2876067329154251/?type=3&theater&ifg=1>

## Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 8.3.2020

Liebe Freunde, liebe Leser,

noch vor dem ersten bestätigten Corona-Infizierten hat unser Nachbarland Polen diese Woche ein Virus-Gesetz verabschiedet. Arbeit von zu Hause aus wird damit erleichtert. Für Eltern gibt es einen Betreuungszuschuss, wenn Kitas oder Schulen geschlossen werden müssen. Außerdem sieht das Gesetz allerhand präventive, medizinische Maßnahmen vor.

Sowohl die nationalkonservative Regierungspartei PiS als auch die Opposition stimmten dafür, weil gerade in Krisen keine Zeit für parteipolitische Scharmützel bleibt. Seit Mittwoch nun hat Polen seinen ersten Corona-Fall.

Der Betroffene feierte in Nordrhein-Westfalen ausgiebig Karneval und steckte sich vermutlich dort an. Noch vor der Bestätigung, dass es sich um Corona handelt, kam er in Polen auf die Isolierstation. Inzwischen soll es ihm bereits wieder bessergehen.



Damit solche Fälle keine Epidemie auslösen, hat Israel gerade zwei Wochen Quarantäne für alle Einreisenden aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und Spanien angeordnet. Andere Länder haben ähnliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Doch was macht Deutschland? Der in der CDU zuweilen als konservativer Hoffnungsträger gefeierte Gesundheitsminister Jens Spahn verteidigte ausdrücklich die Politik der offenen Grenzen. Das heißt: Es können weiterhin Menschen aus Hochrisikoregionen nach Deutschland kommen.

Spahn will keine Anstrengungen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus unternehmen. Die Ärzte sollen einfach die Symptome behandeln. Bei einer Sterberate von bis zu zwei Prozent kann das im schlimmsten Fall zu hunderttausenden Toten führen.

Die Gefahr einer massenhaften, exponentiellen Verbreitung des Corona-Virus ist bei uns in Deutschland deutlich größer als dort, wo die Regierungen klug und umsichtig gehandelt haben.

Das einzige, was bisher in Deutschland konsequent auf den Weg gebracht wurde, ist die Absage von Großveranstaltungen. Unter anderem hat es die Leipziger Buchmesse getroffen. Für viele Verlage, die das ganze Jahr auf dieses Ereignis hinarbeiten, ist das eine mittlere Katastrophe. Ebenso klagen die Hotels der Stadt über spürbare Umsatzeinbußen.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Gesundheit unserer Bürger ist wichtiger als Sport- oder Kulturereignisse. Unsere Regierung legt jedoch ein seltsames Verständnis ihrer eigenen Verantwortung an den Tag, wenn sie selbst untätig bleibt, zugleich aber von der Gesellschaft schmerzhaft Einschnitte verlangt.

Es müsste genau andersherum laufen: Bei Ausbreitung einer Epidemie sollten doch selbst die größten Weltoffenheitsprediger erkennen, dass Sturheit unser Land ins Unglück stürzen kann. Angela Merkel und Jens Spahn hätten daher unverzüglich temporäre Grenzkontrollen einführen müssen.

Zudem wären eindeutige Anweisungen an den gesamten Gesundheitsapparat bis zum Allgemeinmediziner in jedem Dorf notwendig gewesen. Die sächsische Ministerin Petra Köpping (SPD) nutzt die Nachricht über den Corona-Virus zwar, um sich täglich besorgt im Fernsehen zu präsentieren. Ihre Hausaufgaben erledigte sie jedoch unzureichend.

Wir wissen in Sachsen von Arztpraxen, in denen das Chaos ausbrach, als der erste Patient mit Corona-Verdacht auftauchte. Zum Teil saßen diese Patienten ewig mit anderen im Wartezimmer. Gegenüber dem MDR erklärte ein Arzt: „Ich fühle mich im Stich gelassen. Das ist völlig inakzeptabel. Ich sehe hier kein Konzept, wie man mit der Erkrankung umgehen will.“

Aus meiner Sicht sollten (neben den notwendigen Einreisekontrollen) alle Bürger mit Symptomen, die auf Corona hinweisen könnten, zur Sicherheit darauf getestet werden. Bisher werden nur diejenigen getestet, die Kontakt zu Corona-Erkrankten hatten.

Darüber hinaus ist eine erhöhte Hygiene in Kaufhäusern, im ÖPNV und in öffentlichen Einrichtungen unbedingt erforderlich und wir brauchen natürlich ausreichend Schutzmittel für die gesamte Bevölkerung – angefangen von Desinfektionsmittel und Handschuhen bis hin zu Schutzmasken.

Um bei allen erforderlichen Maßnahmen schnell voranzukommen, haben wir am 4. März einen entsprechenden Antrag (Drs. 7/1935) im Sächsischen Landtag eingereicht. Er sieht die Unterstützung der Behörden bis auf Kreisebene vor und orientiert sich an den bereits getroffenen Quarantänemaßnahmen anderer Staaten.

Das ist das Mindeste, was jetzt getan werden muss. Fatalismus wie bei Bundesgesundheitsminister Spahn ist fehl am Platz. Ich hoffe, dass CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer und die anderen Parteien das begreifen. Denn wenn es um Menschenleben geht, muss die Farbe des Parteibuchs egal sein.

Bis nächsten Sonntag,

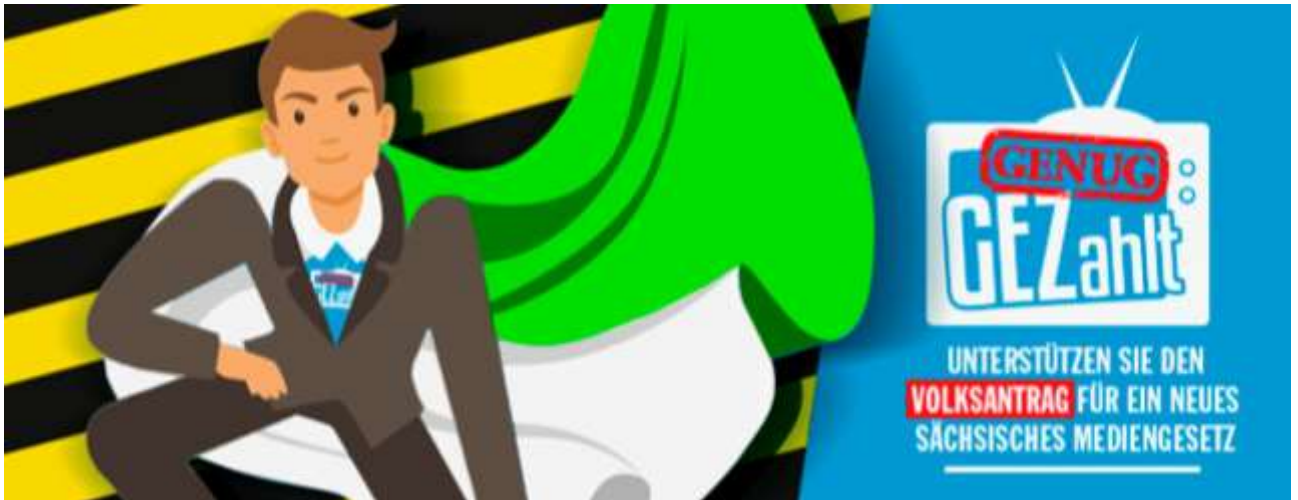
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/2830939110308922/?type=3&theater>

**Genug GEZahlt! – Jetzt mitmachen und unterschreiben!**

Liebe Freunde,  
wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Wir wehren uns mit der Volksinitiative "Genug GEZahlt!" gegen die einseitige Manipulation der Öffentlichkeit durch die übermächtigen Staatsmedien. Sie bestimmen die täglichen Schlagzeilen, die jedes aber auch jedes Medium zwingen, sich daran abzuarbeiten. Dieses Agenda Setting wird mit 8 Mrd. EUR Zwangsbeiträgen nur für die Öffentlich-rechtlichen durchgesetzt. Das ist eine grobe, gesetzwidrige Wettbewerbsverzerrung. Allein die Tatsache, dass einzig und allein die AfD es wagt, diese Manipulation der Meinungsbildung zu thematisieren, macht uns schon zu den "bösen" Außenseitern.



Deshalb ist unsere Volksinitiative ein zentrales Thema für unsere Partei. Jedes Mitglied, jeder Wähler der AfD ist aufgefordert, mitzumachen und sich als Multiplikator dafür einzusetzen. Konkret: Nur so können wir 40.000 Sachsen mobilisieren, die Volksinitiative zu unterzeichnen. Wenn jedes Mitglied oder Freund der Partei mindestens 10 Unterschriften in seinem persönlichen Umfeld sammeln könnte, würde das unserer Initiative zum Erfolg verhelfen.

Wie das gehen kann und was unbedingt zu beachten ist, findet man auf der Website des Vereins <https://sachsen.genug-gezahlt.tv/>

Unterschriftenformulare und Flyer gibt es auch in jedem Bürgerbüro im KV Bautzen zur Abholung!

In diesem Sinne Ihr

Jan Zwerg  
Generalsekretär der AfD Sachsen

Karin Wilke  
Vorsitzende Genug GEZahlt! in Sachsen e.V.

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.3.2020

### Corona-Virus: Grenze dichtmachen!

Nach der Ausbreitung des Corona-Virus in Deutschland und Sachsen haben Tschechien und Polen Grenzkontrollen eingeführt. In Tschechien misst die Feuerwehr stichprobenartig Fieber und fordert mutmaßlich Erkrankte zur Umkehr auf.



Frank Schaufel, gesundheitspolitischer Sprecher, erklärt:

„Noch hat die Bundesregierung keinen nationalen Notstand ausgerufen und die Bekämpfung der Corona-Epidemie ist Länder- und Kreisangelegenheit. Hier muss die Staatsregierung deutlich aktiver werden. Auch in Deutschland müssen wir endlich an den Landesgrenzen sowie an Flughäfen und Bahnhöfen medizinisch kontrollieren, um Infizierte zu erkennen.

Außerdem sollten sächsische Corona-Verdachtsfälle in ihrer eigenen Wohnung von Medizinern untersucht werden. Damit werden weitere Übertragungsmöglichkeiten in Arztpraxen und Kliniken vermieden. Landes- und Kreisgesundheitsämter müssen hier zusammenarbeiten. Weiterhin müssen wir den Bürgern mehr öffentliche Informationen über das Virus sowie Hygieneempfehlungen bereitstellen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/corona-virus-grenze-dichtmachen.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.3.2020

### Corona-Epidemie: Krisenstab der Staatsregierung ist ein Witz

Zum neu eingerichteten Corona-Krisenstab der Staatsregierung erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Frank Peschel:

„Die Staatsregierung unternimmt deutlich zu wenig gegen die Ausbreitung der Corona-Epidemie. Zehn zusätzliche Stellen im Gesundheitsministerium und die Beschaffung von Schutzanzügen werden dem Ernst der Lage nicht gerecht. Wie in Polen und Tschechien müssen auch in Sachsen die deutschen Staatsgrenzen medizinisch kontrolliert werden. Nur so können wir die Einschleppung des Virus frühzeitig erkennen.

Zudem legt die CDU-geführte Regierung keinerlei Konzept vor, wie sie die heimische Wirtschaft unterstützt. Das ist mehr als schwach. Experten gehen davon aus, dass nicht nur die Tourismus- und Veranstaltungsbranche stark unter Quarantäne-Maßnahmen leiden wird, sondern die Wirtschaft



insgesamt in eine schwere Krise schlittern könnte. Hier sind neben den Initiativen der Bundesregierung flankierende Maßnahmen des Freistaates notwendig. Z.B. könnte über Steuererleichterungen nachgedacht werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/corona-epidemie-krise-stab-der-staatsregierung-ist-ein-witz.html>

### **Immer mehr Kleine Waffenscheine: Kein grüner Nachlass bei Strafverfolgung!**

Die Zahl der Kleinen Waffenscheine hat sich in Deutschland seit 2015 auf über 660.000 verdoppelt. Allein in Sachsen ist die Zahl im letzten Jahr von 18.750 auf 20.169 gestiegen. Besonders stark war die Nachfrage in den Städten Leipzig und Dresden. Gleichzeitig hatte die grüne Justizministerin Meier angekündigt, sogenannte Bagatelldelikte wie Schwarzfahren und Ladendiebstahl nicht mehr konsequent zu ahnden.

Dr. Volker Dringenberg, rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Es ist der falsche Weg, Bagatelldelikte in Sachsen nicht mehr zu ahnden. Wer Ladendiebstahl, Schwarzfahren und Graffiti-Schmierereien nicht mehr verfolgt, gibt der Verwahrlosung des öffentlichen Raumes Vorschub. Der Staat hat das Eigentum der Bürger zu schützen. Die fühlen sich zunehmend unsicherer und bewaffnen sich selbst – eine bedenkliche Entwicklung.

Gewaltstraftaten und Sexualdelikte haben gerade in den großen sächsischen Städten zugenommen. Das ist auch ein Ergebnis der unkontrollierten Einwanderungspolitik der CDU und des jahrelangen Polizeiabbaus durch die Staatsregierung. In dieser angespannten Situation den Grünen das Justizministerium zu überlassen und die Strafverfolgung teilweise auszusetzen, ist äußerst fahrlässig.

Städte wie New York haben vorgemacht, wie mit einer konsequenten Null-Toleranz-Strategie die grassierende Kriminalität stark eingeschränkt werden kann. Bagatelldelikte bilden das Biotop, in dem die organisierte Kriminalität gedeiht. Als Partei der inneren Sicherheit fordern wir die Staatsregierung auf, die gefährlichen Pläne des grünen Justizministeriums zu stoppen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/immer-mehr-kleine-waffenscheine-kein-gruener-nachlass-bei-strafverfolgung.html>



### **AfD deckt auf: Von regionaler Lebensmittelproduktion sind wir meilenweit entfernt!**

Der landwirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/1491) den Selbstversorgungsgrad bei Fleisch, Eiern, Milch, Getreide, Kartoffeln, Obst und Gemüse in Erfahrung gebracht.

Zu den Ergebnissen erklärt Dornau:

„Sehr viele Bürger wünschen sich regionale Produkte. Doch gerade einmal zwölf Prozent des Gemüses, das wir in Sachsen konsumieren, wird auch im Freistaat angebaut. Zum Vergleich: Deutschlandweit sind es zumindest 38 Prozent.

Auch bei anderen Erzeugnissen bleibt die Regionalität leider auf der Strecke: 2007 produzierten

wir noch 71 Prozent des benötigten Geflügelfleisches selbst. Inzwischen sind es nur noch 40 Prozent. Beim Obstanbau sank indes der Selbstversorgungsgrad von 37 Prozent (2016/17) auf 26 Prozent (2017/18).



Trotz dieser desaströsen Zahlen behauptet die Staatsregierung, sie strebe eine möglichst hohe Bedarfsdeckung ‚durch regionale bzw. innerdeutsche Produktion‘ an. Von diesem Ziel ist die Regierung meilenweit entfernt und sollte die Düngeverordnung weiter verschärft werden, müssen wir noch mehr Lebensmittel importieren.

Die AfD ist die einzige Partei im Sächsischen Landtag, die sich der Gängelei der Bauern konsequent entgegenstellt. Darüber hinaus fordern wir eine Re-Nationalisierung der EU-Agrarsubventionen. Sie sorgen dafür, dass bestimmte Erzeugnisse im Ausland zu Spottpreisen hergestellt werden. Hätten wir eine nationale Förderung der Landwirtschaft, ließe sich die von den Verbrauchern gewünschte Regionalität einfacher verwirklichen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/afd-deckt-auf-von-regionaler-lebensmittelproduktion-sind-wir-meilenweit-entfernt.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.3.2020

### Gleiches Vergehen: Rentner muss in Knast / Grüner wird Minister

Der 68-jährige Jürgen Haß aus dem kleinen Reichenbach im Landkreis Zwickau sitzt seit Montag im Gefängnis. Der Grund: eine zu spät umgerüstete Kleinkläranlage, für die sich die Familie Haß sogar verschulden musste.



Brisant: Für Sachsens grünen Umweltminister Wolfram Günther gelten anscheinend andere Regeln. Er nutzt seit Jahren eine veraltete, rechtswidrige Kleinkläranlage. Konsequenzen: keine! Im Gegenteil: Trotz seiner dreisten Doppelmoral wurde Günther Ende 2019 zum Chef des Mega-Ministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft befördert.

Günther hatte 2015 im Sächsischen Landtag großspurig angemahnt, man müsse das mit den Kleinkläranlagen „irgendwann hinbekommen“. Sie seien schließlich „wichtig“. 2016 beschlich ihn dann anscheinend das unguete Gefühl, dass vielleicht doch auch für ihn die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland gelten könnten. Wohl deshalb

fragte er bei der Staatsregierung nach (Drs. 6/4011), welche Strafen in solchen Fällen verhängt werden.

Die Antwort kennen wir jetzt: Bürger mit einer schmalen Rente müssen in den Knast. Grüne Berufspolitiker werden dagegen befördert und in höchste Staatsämter gehievt.

Thomas Thumm, Sprecher der AfD-Fraktion für den ländlichen Raum, kritisiert die „Doppelmentalität“ des Ministers und wird den Fall nun mit parlamentarischen Mitteln aufklären.

(Rentner: Symbolbild)

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/gleiches-vergehen-rentner-muss-in-kanzler-wird-minister.html>

### Keine GEZ-Zwangsgebühren-Erhöpfung, Herr Kretschmer!

Am Donnerstag handeln die Ministerpräsidenten die neue Erhöhung der Rundfunkgebühr aus. Der Beitrag soll von 17,50 auf 18,36 Euro steigen.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:



„Ich fordere CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer auf, der erneuten Erhöhung der Zwangsgebühren für den Staatsfunk eine Absage zu erteilen. Es kann nicht sein, dass üppige Intendanten-Gehälter sowie Doppelstrukturen von ARD, ZDF und dritten Programmen die Kosten derart ausufernd lassen.“

Der öffentliche Rundfunk hat in Deutschland mit acht Milliarden Euro jährlich das größte Finanzvolumen weltweit. Dafür werden die Zwangsgebühren-Zahler nicht einmal mit politisch neutralen Informationen versorgt, wie bereits mehrere Untersuchungen bestätigten. Erst am

Wochenende durfte eine radikalisierte Pfarrerin im ‚Wort zum Sonntag‘ verkünden: ‚Wir müssen die Parlamente stürmen. In denen Neofaschisten sitzen und uns in Schreckstarre verfallen lassen‘.

Die AfD hat ein Rundfunk-Modell vorgelegt, wie der aufgeblähte Apparat auf seine Kernaufgaben verschlankt werden kann. Die Zuschauer zahlen nur für Programmteile, die sie auch tatsächlich nutzen. Ausufernde Zwangsgebühren wären damit vom Tisch.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/keine-gez-zwangsguebuehren-erhoehung-herr-kretschmer.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.3.2020

### CDU wählt SED-Mann in Gremium für DDR-Opfer

Zur BILD-Schlagzeile „SED-Mann wird Beirat für SED-Opferentschädigung“ erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die CDU unter Ministerpräsident Michael Kretschmer hat mit dieser Entscheidung endgültig den antitotalitären Grundkonsens in unserer Gesellschaft aufgekündigt. Damit beschädigt sie die Demokratie schwer.“



Ein ehemaliges SED-Mitglied wie Horst Wehner ist nicht geeignet, über finanzielle Entschädigungen für politisch Verfolgte des DDR-Unrechtsstaates zu entscheiden – noch dazu, da die Beschlüsse des Beirats einstimmig gefasst werden sollen.

Dass die sächsische CDU einen SED-Mann wählt und einen wegen Republikflucht verurteilten Kandidaten ablehnt, ist ein Schlag ins Gesicht aller sächsischen Bürger, die unter der sozialistischen Diktatur zu leiden hatten.

Wie die CDU bereits in Thüringen gezeigt hat, sucht sie inzwischen offen die Zusammenarbeit mit der SED-Nachfolgepartei. Das ist geschichtvergessen und es ist hochgefährlich, diese Partei zu hofieren. Schließlich wird in der Linken aktuell immer noch über Massenerschießungen und Zwangsarbeit diskutiert.“



**Hintergrund:** Für den Posten im Beirat hatte die AfD Mario Beger nominiert, der in der DDR zu 18 Monaten Haft wegen Republikflucht verurteilt wurde.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/cdu-waehlt-sed-mann-in-gremium-fuer-ddr-opfer.html>

### **Dringlichkeitsantrag: Schulen und Grenzen sofort schließen!**

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat auf ihrer heutigen Sitzung beschlossen, für die kommende Sitzung des Sächsischen Landtages einen Dringlichkeitsantrag mit zwei wichtigen Kernpunkten einzureichen.



Erstens: Alle Schulen in Sachsen müssen mit sofortiger Wirkung für vorerst drei Wochen geschlossen werden, um die Infektionsgefahr durch das Corona-Virus zu minimieren.

Zweitens: Ab sofort müssen an allen sächsischen Außengrenzen medizinische Kontrollen eingerichtet werden. Vor allem nach Sachsen Einreisende müssen sich Sichtkontrollen und Temperaturmessungen unterziehen lassen.

Sachsens AfD-Fraktionsvorsitzender Jörg Urban:

„Es ist nicht erkennbar, dass die sächsische, CDU-geführte Staatsregierung der sich anbahnenden gesundheitlichen Katastrophe mit der notwendigen Konsequenz entgegentritt.

In der aktuellen Lage den Unterricht mit vielen Kindern einfach weiterlaufen zu lassen, als ob nichts wäre, ist grob fahrlässig.

Unsere Nachbarländer Tschechien, Polen und Österreich haben ihre Grenzen zudem längst geschlossen. Es ist nicht begründbar, warum Deutschland und Sachsen erneut einen Sonderweg einschlagen. Wir brauchen dringend einen Überblick, wer in unser Land einreist.

Zugleich fordert die AfD-Fraktion die anderen Parteien auf, ihre Blockadepolitik gegenüber der AfD zumindest in dieser für Sachsens Bürger existenziellen Frage zu überdenken und mit uns

konstruktiv zusammenzuarbeiten, um den größtmöglichen medizinischen Schaden abzuwenden.“  
<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/dringlichkeitsantrag-schulen-und-grenzen-sofort-schliessen.html>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.3.2020

### Zehn Sofortmaßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie fordert die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag folgende Maßnahmen unverzüglich umzusetzen:



1. Alle Außengrenzen schließen!
2. Alle Kitas und Schulen sofort für drei Wochen schließen!
3. Alle Veranstaltungen untersagen!
4. Auslösung des Katastrophenalarms!
5. Medizinische Test bei allen Bürgern durchführen, die entsprechende Symptome haben, auch wenn kein Kontakt zu Infizierten belegt ist.
6. Umfassende Handlungsempfehlungen für die Bürger über Radio und Fernsehen anordnen!
7. Behandlungskapazitäten in den sächsischen Krankenhäusern soweit erhöhen wie möglich!
8. Fernbehandlung intensivieren und Erreichbarkeit von Ärzten verbessern.
9. Besonderer Schutz für Ältere und Personen mit

Vorerkrankungen.

10. Präventive Vorbereitung auf weitere Ausbruchswellen des Virus.

Ferner fordern wir die Staatsregierung auf, den sächsischen Unternehmen und Steuerpflichtigen unbürokratisch zu helfen.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/zehn-sofortmassnahmen-zur-eindaemmung-des-corona-virus.html>



## Neues von der Alternative für Deutschland

### PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.3.2020

#### **Massenhafte Aufnahme von Jugendlichen wird Migrationswelle befeuern**

Die stellvertretende Vorsitzende Alice Weidel und der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland, sehen in der Entscheidung des Koalitionsausschusses, Kinder und Jugendliche aus den Flüchtlingslagern in Griechenland europaweit aufnehmen zu wollen, ein fatales Signal, das eine neuartige Migrationswelle auslösen könne, bei der über die ‚Ankerkinder‘ ganze Familien in die EU einreisen werden:

„Es ist keine Frage, dass Deutschland sein Möglichstes tun sollte, um die Lage der Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern zu verbessern. Aber mit dem Geld, das die deutschen Steuerzahler nun für die Betreuung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen in Deutschland aufbringen müssen, könnte viel mehr Menschen vor Ort geholfen werden. Die Entscheidung der Großen Koalition, Kinder und Jugendliche aus den Flüchtlingslagern in Griechenland aufzunehmen, bedeutet einen Dambruch. Wir alle wissen, dass es nicht bei der zwischen Union und SPD vereinbarten Zahl von bis zu 1.500 Personen bleiben wird. Schon bald wird der Ruf nach einem Familiennachzug laut werden, damit die Kinder und Jugendlichen nicht dauerhaft von ihren Eltern getrennt leben müssen.

**Nun ist klar:** Wer nach Deutschland will, muss nur seine Kinder vorschicken. Illegale Migration lohnt sich, lautet die fatale Botschaft. Mit ihrer Entscheidung fällt die Große Koalition zudem der standhaften griechischen Regierung in den Rücken und sendet ein fatales Signal an den türkischen Präsidenten Erdogan. Seine Taktik, Europa mit Flüchtlingen unter Druck zu setzen, zeigt erste Erfolge.“

<https://www.afd.de/weidel-gauland-massenhafte-aufnahme-von-jugendlichen-wird-migrationswelle-befeuern/>

#### **Wer sich von Kinderbildern erpressen lässt, spielt Erdogan in die Karten**

Der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland erteilt der Forderung deutscher Politiker eine Absage, die sich für die vorrangige Aufnahme von Frauen und Minderjährigen an der türkisch-griechischen Grenze und Aufnahme in Deutschland ausgesprochen haben. Diese auf den ersten Blick humanitär erscheinende Forderung sei nichts anderes als ein Instrumentalisieren von Kindern:

„Eine willkürlich festgelegte Zahl minderjähriger Migranten nach Deutschland zu holen, löst keinesfalls die eigentlichen Probleme vor Ort. Im Gegenteil: Es ist genau das falsche Signal. Es setzt einen weiteren Anreiz für Einwanderungswillige ihre Kinder vorzuschicken, genau wie es jetzt auch schon passiert. Im nächsten Schritt kommt der Familiennachzug. Die Sogwirkung des deutschen Sozialstaates wird weiter verstärkt.

Hier ziehen linke Medien und Politiker in Deutschland an einem Strang mit Erdogan: Da werden Migranten, die seit Jahren in der Türkei leben, absichtlich falsch als Flüchtlinge tituliert und inszenierte Bilder weinender Kinder werden zur moralischen Erpressung produziert und verbreitet. Wer, wie zahlreiche deutscher Politiker der Altparteien, die sofortige Aufnahme dieser Menschen in der EU fordert, spielt Erdogans Spiel mit. So hat es auch Österreichs Bundeskanzler Kurz klar und richtig formuliert. Hier bahnt sich ein erneutes 2015 an. Das dürfen wir nicht zulassen“, sagt Gauland.

<https://www.afd.de/alexander-gauland-wer-sich-von-kinderbildern-erpressen-laesst-spielt-erdogan-in-die-karten/>

### **Vorbilder Polen & Tschechien: Grenzkontrollen wieder durchführen!**

Seit heute wird an vielen Grenzübergängen von Sachsen zu Polen und Tschechien kontrolliert. „Stichprobenartig“ werden die Reisenden auf Symptome untersucht, die auf eine Infektion mit dem Corona-Virus hindeuten können. In erster Line wird – kontaktlos – die Körpertemperatur festgestellt.



Doch es sind nicht die deutschen Behörden, die da effektiv handeln, sondern ausschließlich die unserer Nachbarländer. Tschechien hat Einreisebeschränkungen in Kraft gesetzt, an den Übergängen zu Polen stehen Krankenwagen bereit, um mögliche Infizierte schnell isolieren zu können.

Was tut Deutschland, um schon an den Grenzen für die Sicherheit der eigenen Bürger zu sorgen? Offensichtlich nichts. Trotz

stundenlanger Diskussion des Merkel-Kabinetts im Kanzleramt in der vergangenen Nacht, sind keine Grenzsicherungsmaßnahmen bekannt geworden.

Wenn die Merkel-GroKo schon nicht von allein auf die Idee kommt, sollte sie wenigstens dem Beispiel der europäischen Nachbarn folgen: Kontrollen an den Grenzen können Infizierte erkennen und zu deren rascher Isolierung führen. Damit wird ausgeschlossen, dass diese hier im Land viele weitere Menschen anstecken.

Das wäre eine echte Maßnahme im Kampf gegen das Virus. Dazu müsste Merkel allerdings handeln. Doch damit hatte sie schon immer ein immenses Problem.

**[Tag24 zu Corona-Kontrollen an den Grenzen](#)**

### **Nur die AfD sorgt wieder für Sicherheit!**

Polizei und SPD-Innensenator mussten heute eingestehen: Der Kampf gegen die Kriminalität zeigt in Berlin kaum Erfolg. Die Fallzahlen steigen in vielen Bereichen. Über eine halbe Million Straftaten in nur einem Jahr – knapp 1400 jeden Tag – gemessen werden allerdings nur die angezeigten Verbrechen. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Ob Fahrraddiebstahl, Internetbetrug oder Körperverletzung – da die Erfahrung lehrt, dass eine überlastete Polizei oft keinen Täter fasst oder eine überlastete Justiz festgenommene Täter schnell wieder laufen lässt, werden unzählige Verbrechen gar nicht zur Anzeige gebracht.



Extremen Zuwachs verzeichnet die Statistik bei Verbrechen, die im Netz begangen werden. Hier muss ein Zuwachs von fast 27 %

verzeichnet werden. Dabei sticht besonders die Kinderpornografie hervor. Hier wurden im vergangenen Jahr knapp 600 Fälle verfolgt. Bei sog. Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gab es insgesamt einen Anstieg um 15 %. Morddelikte stiegen um 12 %.

Im Gegensatz zum rot-rot-grünen Senat sind wir der Meinung, dass man eine solch explodierende Kriminalität nicht einfach schulterzuckend hinnehmen kann. Mit der AfD hätten wir eine ausreichende Zahl von Polizisten, die gut ausgerüstet und motiviert daran gingen, die Kriminalität in Berlin und in ganz Deutschland nicht einfach zu verwalten, sondern zu bekämpfen. Wir stehen auf der Seite der Polizei, das zeigt auch die große Zahl von Beamten, die als Mitglieder unsere Arbeit für Deutschland unterstützen. Das können auch Sie:

Mehr dazu: [Mitglied werden? JETZT mehr erfahren.](#)

[Kriminalstatistik – mehr Zahlen in der Berliner Morgenpost](#)

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.3.2020**

### **Etablierte Parteien für Gewalt gegen AfD-Politiker mitverantwortlich**

Auf das Auto des kommissarischen Berliner AfD-Notvorstands Nicolaus Fest ist ein Brandanschlag verübt worden. Ebenfalls in der Nacht zu Dienstag wurde in Berlin-Reinickendorf eine von der AfD für Veranstaltungen zuweilen genutzte Gaststätte angegriffen.

Die Anschläge kommentiert Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin der Alternative für Deutschland:

„Die etablierten Parteien haben mit ihrer Diffamierungskampagne gegen die AfD ein Klima geschaffen, von dem sich Extremisten legitimiert fühlen, mit Gewalt gegen Mitglieder und Politiker der AfD vorzugehen. Die völlig enthemmten verbalen Angriffe gegen die AfD sind – wie wir immer häufiger erleben müssen – die Vorstufe zur politisch motivierten Gewalt gegen Andersdenkende.“

Ausgeführt werden diese Anschläge von Schlägern, Brandstiftern und sonstigen Kriminellen und „Menschen mit Haltung“ – von den Hilfstruppen der etablierten Parteien auf der Straße, um mit brutaler Gewalt die AfD kleinzukriegen.

Für die AfD hat Tino Chrupalla zur verbalen Abrüstung aufgerufen. Die Gegenseite aber gießt Öl ins Feuer, um den politischen Gegner als Feind aus dem demokratischen Diskurs auszuschließen. Ich fordere die Vertreter der etablierten Parteien auf, diese Anschläge klar und eindeutig zu verurteilen und zur **Fairness im politischen Wettbewerb** zurückzukehren.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-etablierte-parteien-fuer-gewalt-gegen-afd-politiker-mitverantwortlich/>

### **Auch ausländische Straftäter gehören verurteilt!**

Die deutsche Polizei schnappt einen Polen – gegen den liegt ein Haftbefehl der polnischen Justiz vor. Dem Mann wird mehrfacher Betrug vorgeworfen. Dann entscheiden die Richter: Der Mann darf nicht nach Polen ausgeliefert werden. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hebt den Abschiebehaftbefehl gegen den Mann auf. Er wird sofort – trotz aller Anschuldigungen – in Deutschland auf freien Fuß gesetzt.

Die Begründung: Nach der Justizreform in Polen haben die deutschen Richter Zweifel daran, dass den Mann in seiner Heimat ein „fairer Prozess“ erwartet. Weil Polen eine Justizreform durchführt, sei es „unzulässig“ mutmaßliche Straftäter nach Polen auszuweisen. Haben die Richter einmal darüber nachgedacht, was das für ein Zeichen in die Unterwelt unseres Nachbarlandes aussendet? Auf dieser Grundlage muss nun kein polnischer



Beschuldigter mit Strafverfolgung rechnen, wenn er sich nur rechtzeitig nach Deutschland absetzt. Unkontrolliert über die offenen Grenzen.

Wer so verfährt, muss sich über die deutsche Kriminalstatistik wirklich nicht wundern. Seit heute steht fest: In Berlin werden jeden Tag fast 1.400 Straftaten angezeigt – wie viele tatsächlich verübt und nicht aktenkundig werden, kann sich jeder ungefähr vorstellen. Das Signal, dass die deutschen Richter über die Oder nach Polen senden, ist auf jeden Fall fatal.

Und warum das Ganze? Deutschland kritisiert Polen u.a. weil dort Verfassungsrichter jetzt vom Parlament ernannt werden – übrigens genauso wie in Deutschland, wo sich Bundestag und Bundesrat bei der Ernennung abwechseln. Absurd eben!

**Wie die Richter ihre Entscheidung weiter begründen, steht im SPIEGEL**

### Wegen Corona: Krankschreibung ohne Arztbesuch!

Wer sich krank fühlt und erkältungsähnliche Symptome hat, muss ab sofort für eine Krankschreibung nicht mehr persönlich in der Arztpraxis erscheinen. Ein Anruf genügt – der „gelbe Schein“ kommt dann wohl per Post. Allerdings: „Per Anruf krank“ gilt nur für eine Krankheitsdauer von maximal sieben Tagen. Darauf haben sich Ärzteschaft und Krankenkassen heute in Berlin geeinigt. Die Regelung ist eine Ausnahme und gilt ab sofort für vier Wochen.



In Anspruch kann sie jeder nehmen, der eine leichte Erkrankung der oberen Atemwege hat (z.B. Halsschmerzen) oder beim dem ein begründeter Verdacht besteht, dass er sich durch Kontakt mit Infizierten oder auf Reisen angesteckt hat.

Mit der Maßnahme soll verhindert werden, dass Arztpraxen nach dem Besuch eines Infizierten geschlossen werden müssen und es soll gewährleistet werden, dass Ärzte den starken Zustrom an Patienten bewältigen können.

Wir finden: Eine sehr geeignete Maßnahme, die allen hilft. Wir hätten uns einen Gesundheitsminister gewünscht, dem so etwas ganz allein einfällt.

[Kassenärztliche Vereinigung zur neuen Krank-Regelung](#)

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.3.2020

### AfD-Politiker entkräften Vorwürfe des Verfassungsschutzes

Prominente Politiker der Alternative für Deutschland haben heute auf der Internetseite der Partei Stellungnahmen veröffentlicht, mit denen sie den Vorwurf angeblich verfassungsfeindlicher Äußerungen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz entkräften. Alexander Gauland, Björn Höcke, Beatrix von Storch, Andreas Kalbitz, Markus Frohnmaier, Marc Jongen, Hans-Thomas Tillschneider und viele weitere legen überzeugend dar, warum der Verfassungsschutz mit seinen Anschuldigungen irrt.

„Bei genauer Betrachtung bleibt von den Vorwürfen des Verfassungsschutzes praktisch nichts übrig. Das 2019 in aller Eile zusammengestrickte Verfassungsschutzpapier entpuppt sich als das, was es ist: ein politisch motiviertes Anti-AfD-Konvolut“, erklärt AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen.

Das sogenannte Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur AfD schlug im Januar 2019 hohe Wellen. In einer Pressemitteilung teilte die Behörde mit, dass sie einen umfangreichen Schriftsatz erstellt habe, der zu dem Ergebnis kam, die AfD sei als Prüffall und der „Flügel“ und die Junge Alternative seien als Verdachtsfälle im Hinblick auf verfassungsfeindliche Bestrebungen zu sehen. Das Vorgehen des Verfassungsschutzes gegen die AfD ist in der deutschen Geschichte beispiellos, zumal es die Kategorie des Prüffalls rechtlich überhaupt nicht gibt. Deshalb untersagte

das Verwaltungsgericht Köln mit Urteil vom 26. Februar 2019 dem Verfassungsschutz auch, die AfD weiterhin so zu bezeichnen.

Wie der führende Verfassungsrechtler Professor Dietrich Murswiek in einem eigenen Gutachten darlegt, sind die allermeisten der vom Verfassungsschutz vorgebrachten Beispiele gänzlich ungeeignet, eine verfassungsfeindliche Einstellung der zitierten AfD-Politiker zu belegen.

„Mit seinem Schriftsatz versucht der Verfassungsschutz krampfhaft die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag politisch zu stigmatisieren. Das erklärt auch, warum Hans-Georg Maaßen unbedingt aus dem Amt als Präsident des Verfassungsschutzes gedrängt und durch Thomas Haldenwang ersetzt werden musste. Maaßen hatte immer betont, dass er unsere Partei auf dem Boden des Grundgesetzes sehe – wo wir auch stehen“, so AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen.

Die Liste der Stellungnahmen von AfD-Politikern und -Gliederungen wird auf unserer **Themenseite** regelmäßig aktualisiert.

<https://www.afd.de/afd-politiker-entkraefte-vorwuerfe-des-verfassungsschutzes/>

### **Medikamenten-Notstand beenden – Arzneimittelproduktion wieder im eigenen Land sicherstellen**

Eines zeigt die Corona-Epidemie ganz deutlich: Deutschland und viele andere Länder haben sich auf gefährliche Art von China abhängig gemacht. Auf Textilien, Handys und sonstige Elektronik können wir gut und gerne eine Weile verzichten, nicht aber auf Arzneimittel, die in den riesigen chinesischen Fabriken produziert werden. Je weiter das Virus in China um sich greift, desto größer werden die Lieferengpässe in den deutschen Apotheken. In China stehen viele Förderbänder still, Containerschiffe bleiben in den Häfen. An Bord in den unzähligen Containern: Millionen Pillen, die in unseren Apotheken so dringend benötigt werden: Blutdrucksenkende Mittel sind aktuell fast gar nicht verfügbar, einige Antibiotika werden knapp.



Noch ist das in den Griff zu bekommen: Die betroffenen Patienten müssen vielleicht in einigen Apotheken nachfragen, bis sie auf gebunkerte Vorräte stoßen oder sie müssen sich vom Arzt ein neues Rezept für ein anderes, verfügbares Medikament holen. Doch die Abhängigkeit von China könnte durchaus um einiges bedrohlichere Züge annehmen. Die Welt hat sich China für den Profit geradezu ausgeliefert. Dieses Bild zeichnet eine Doku, die heute Abend im ZDF läuft. Dort sagt die Pharmazeutin Prof. Ulrike Holzgrabe: „Die Chinesen brauchen gar keine Atombombe. Sie liefern einfach keine Antibiotika mehr“.



Soweit hätte es nie kommen dürfen. Das ist eine Entwicklung, die umgehend rückgängig gemacht werden muss. Denn dabei geht es – einzig und allein – ums Geld. Um die Gewinne der Pharmariesen und klamme Kassen bei den gesetzlichen Krankenversicherungen.

Wir meinen: Für qualitativ hochwertige Arzneimittel müssen die deutschen Krankenkassen einen angemessenen Preis zahlen. Dann lohnt sich auch die Produktion in Deutschland wieder. Das macht uns unabhängig von ausländischen Produzenten und wir schaffen – ganz nebenbei – Arbeitsplätze. Das ist kein Prozess, der von heute auf morgen erledigt sein kann. Aber einer der heute begonnen werden könnte – von einer Regierung, der das Wohl der Menschen wirklich am Herzen liegt. Wir stehen zur Verfügung – AfD!

**ZDF zu „Mangelware Medizin“**

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.3.2020**

### **COVID19 – Nichtstun der Bundesregierung gefährdet Leib und Leben der Menschen**

Die stellvertretende Bundessprecherin Dr. Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, fordert die Bundesregierung auf, konkrete Schritte zum Schutz der Menschen bzgl. des Corona-Virus einzuleiten statt ‚Handlungsempfehlungen‘ zu geben:

„Man überlässt die Bürger sich selbst – eine Praxis, die sich schon seit 2015 quer durch alle politischen Felder zieht. Lediglich da, wo man den Menschen in diesem Land noch ein bisschen Geld aus der Tasche ziehen kann, also zum Beispiel in Sachen Klimapaket, interessieren sich die Regierenden noch für das Volk.

Ich fordere die Bundes- und Landesregierungen auf, dem Beispiel vieler europäischer Länder zu folgen und endlich die entsprechenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung einzuleiten. Das Handeln der Politik ist fahrlässig und gefährdet Leib und Leben der Menschen in unserem Land.“  
<https://www.afd.de/alice-weidel-covid19-nichtstun-der-bundesregierung-gefaehrdet-leib-und-leben-der-menschen/>



## Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

### PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.3.2020

#### Volksverhetzung als Wort zum Sonntag

„Wir müssen auf die Straßen gehen. ... Wir müssen die Parlamente stürmen, in denen Neofaschisten sitzen und uns in Schreckstarre verfallen lassen genauso wie das Corona-Virus. ...Mit Verlaub: Ich könnte kotzen...“. Diese Worte vernahmten die Zuschauer am Samstagabend in der ARD aus dem Mund der evangelischen Pastorin Annette Behnken. Sie nutzte damit ausgerechnet die Sendung „Wort zum Sonntag“ zur unverhohlenen und direkten Aufwiegelung zum Sturm auf unsere Parlamente.

Der medienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin E. Renner, erklärt dazu:

„Als hätte Frau Behnken mit ihrem unmissverständlichen Aufruf zur Gewalt – nichts anderes ist das Erstürmen der durch Bannmeilengesetze geschützten Parlamente – den Straftatbestand der Volksverhetzung nicht schon erfüllt, so steigert ihr nur scheinbar begründend gemeinter Zusatz die Wirkung der Verhetzung noch. Mit dieser Formulierung kommt es dieser Pastorin allein darauf an, die von ihr als ‚Neofaschisten‘ stigmatisierten Parlamentarier gedanklich mit dem gefährlichen Krankheitserreger in Verbindung zu bringen. Diese gezielt gewollte Assoziation kann eigentlich nur aus dem Wörterbuch des Unmenschen stammen.“

Die Herabwürdigung und Entmenschlichung von Parlamentariern durch die Pastorin und ihr klarer Gewaltaufruf sind unentschuldig. Wenn die ARD ein Zeichen gegen die Verrohung der politischen Debatte setzen will, muss sie Frau Behnken unverzüglich aus dem weiteren Programm nehmen.“

Aber auch die Kirche sieht Martin Renner in der Verantwortung:

„Die evangelische Kirche kann sich nach einem derartigen Aufruf zur Zerstörung der zentralen Instanzen der Demokratie durch eine Pastorin nicht mit einer einfachen Distanzierung aus der Affäre ziehen. Wer nicht möchte, dass aus Worten Taten werden, der muss handeln, und zwar disziplinarisch!“

<https://www.afdbundestag.de/renner-volksverhetzung-als-wort-zum-sonntag/>

### **Milchbauern brauchen faire Erzeugerpreise**

Zu den zahlreichen regionalen Bauernprotesten vor Aldi-Zentrallagern in der Nacht zu Montag aufgrund der angekündigten Milchpreissenkungen des Discounters äußert sich der Agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, wie folgt:

„Die wirtschaftliche Situation in der Landwirtschaft ist bedrückend. Vor allem die Milchbauern stehen ökonomisch mit dem Rücken an der Wand, da sie besonders von der Preisdynamik am Weltmarkt betroffen sind. Weil der Milchpreis viel zu niedrig ist, können die Milchbauern nicht kostendeckend produzieren. Ohne Gewinn sind aber auch die oft dringend benötigten Investitionen für Modernisierung oder mehr Tierschutz nicht möglich.

In den letzten 10 Jahren mussten knapp 30.000 Betriebe die Milchviehhaltung aufgeben. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Milchkühe pro Betrieb zu. Wenn es uns nicht gelingt diese wirtschaftlichen Zwänge auszugleichen, dann wird sich das Höfesterben in der Milchviehhaltung stark beschleunigen. Ziel der Agrarpolitik kann es doch nicht sein, dabei zuzuschauen wie die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetriebe nach und nach ihre Höfe aufgeben müssen, während einige wenige Betriebe immer größer werden.

Es darf kein weiter so geben. Landwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen und faire Erzeugerpreise. Ich fordere die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die Verhandlungsposition der Landwirte mit geeigneten Maßnahmen gestärkt wird. Unsere Landwirte können nicht mit den niedrigen Weltmarktpreisen konkurrieren und gleichzeitig hohe Umwelt- und Tierschutzstandards erfüllen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Landwirte zum Spielball von Lebensmittelherstellern und -handel werden.“

<https://www.afdbundestag.de/protschka-milchbauern-brauchen-faire-erzeugerpreise/>

### **Aufnahme von unbegleiteten Jugendlichen bedeutet Dambruch!**

Zur Entscheidung des Koalitionsausschusses, Kinder und Jugendliche aus den Flüchtlingslagern in Griechenland aufzunehmen, teilen die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Alexander Gauland, mit:



„Die Entscheidung der Großen Koalition, Kinder und Jugendliche aus den Flüchtlingslagern in Griechenland aufzunehmen, bedeutet einen Dambruch. Wir alle wissen, dass es nicht bei der zwischen Union und SPD vereinbarten Zahl von bis zu 1.500 Personen bleiben wird. Schon bald wird der Ruf nach einem Familiennachzug laut werden, damit die Kinder und Jugendlichen nicht dauerhaft von ihren Eltern getrennt leben müssen.

Es ist keine Frage, dass Deutschland sein Möglichstes tun sollte, um die Lage der Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern zu verbessern. Aber mit dem Geld, das die deutschen Steuerzahler nun für die Betreuung von

unbegleiteten Kindern und Jugendlichen in Deutschland aufbringen müssen, könnte viel mehr Menschen vor Ort geholfen werden.

Nun ist klar: Wer nach Deutschland will, muss nur seine Kinder vorschicken. Illegale Migration lohnt sich, lautet die fatale Botschaft. Mit ihrer Entscheidung fällt die Große Koalition zudem der standhaften griechischen Regierung in den Rücken und sendet ein fatales Signal an den türkischen Präsidenten Erdogan. Seine Taktik, Europa mit Flüchtlingen unter Druck zu setzen, zeigt erste Erfolge.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/613690185881163/?type=3&theater>

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.3.2020**

### **Reisewarnung für Italien muss sofort ausgesprochen werden**

In Italien sind rund 60 Millionen Menschen dazu aufgefordert zu Hause zu bleiben, das Haus darf nur in bestimmten Fällen und nur mit triftigen Gründen verlassen werden.

Die Reise- und Versammlungsfreiheit ist eingeschränkt, Kinos sind geschlossen, Läden oder Restaurants nur noch eingeschränkt geöffnet.

Nach einer Reisewarnung des Auswärtigen Amtes für Italien sucht man bisher jedoch vergeblich.

„Ich fordere das Auswärtige Amt dazu auf, umgehend eine Reisewarnung für Italien herauszugeben. Die Reisewarnung ist für deutsche Touristen von großer Bedeutung, da eine Reisewarnung ein wesentliches Indiz für eine Gefährdung von Leib und Leben der Reisenden ist. In diesem Fall können Urlauber von der Reise zurücktreten und müssen den Reisepreis gemäß §651h BGB nicht zahlen, bloße ‚Sicherheitshinweise‘ auf der Homepage des Auswärtigen Amtes haben keine wesentliche reiserechtliche Bedeutung.

Mit einer Reisewarnung könnte die Bundesregierung die Verbraucher schnell und wirksam unterstützen.“ erklärt der Tourismuspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Sebastian Münzenmaier.

Der Außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Paul Hampel, ergänzt:

„Italien ergreift sämtliche Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus. Statt den Italienern in den Rücken zu fallen, muss die Bundesregierung die italienischen Maßnahmen mit einer Reisewarnung des Auswärtigen Amtes flankieren.“

<https://www.afdbundestag.de/muenzenmaier-hampel-reisewarnung-fuer-italien-muss-sofort-ausgesprochen-werden/>

### **Corona-Virus – AfD-Fraktionen fordern bessere Vorbereitung der Schulen**

Die bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen aus Bund und Ländern fordern anlässlich ihres siebten interfraktionellen Treffens in Berlin eine bessere Vorbereitung von Schulen und Kindergärten auf die Folgen der Verbreitung des Corona-Virus, Covid-19. Dazu gehört ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der hygienischen Bedingungen.

Götz Frömmling, Bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, erklärt:

„An vielen Schulen sind die sanitären Anlagen in einem Zustand, der eher geeignet ist, sich anzustecken als Ansteckungen zu vermeiden.“

Des Weiteren müsse Aufklärung und Information von Lehrern, Schülern und Eltern verbessert werden.

Auf Landesebene und an den Schulen selbst sollten zudem Notfallpläne erstellt werden, um im Fall von plötzlichen Schulschließungen vorbereitet zu sein. Darin sei unter anderem zu regeln, wie die Schüler während der Schulschließung mit Aufgaben versorgt werden können. Dazu sollte nach Ansicht der bildungspolitischen Sprecher von Aufgabenblättern und digitalen Arbeitsaufträgen Gebrauch gemacht werden.

Die auf dem interfraktionellen Treffen der bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen aus Bund und Ländern gefassten Resolutionen finden Sie hier: <https://www.afdbundestag.de/resolutionen-der-bildungspolitischen-sprecher-zur-besseren-vorbereitung-von-schulen-auf-das-corona-virus/>  
<https://www.afdbundestag.de/froemming-corona-virus-afd-fraktionen-fordern-bessere-vorbereitung-der-schulen/>

### **Abtreibungen kein effizientes und ethisches Mittel zur Eindämmung der afrikanischen Bevölkerungsexplosion**

In seiner 48. Sitzung befasste sich der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit der UN-Weltbevölkerungskonferenz, die im November 2019 in Nairobi stattfand.

Während des Gipfels formte sich eine Allianz von Staaten unter Führung der USA, die sich der „Erklärung von Nairobi“ verweigerte. An der Erklärung wird von Seiten der USA und anderer Staaten die undifferenzierte Haltung zur Abtreibung kritisiert. Die USA fördern international keine Organisationen, die Abtreibung befürworten oder anbieten („Global Gag Rule“).

Die Bundesregierung engagierte sich bereits im Vorfeld des Gipfels als Befürworter der Nairobi-Erklärung. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier erklärte die Bundesregierung jedoch, dass in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit „Schwangerschaftsabbrüche nicht als Mittel der Familienplanung“ gelten. Diese Position wurde von der Parlamentarischen Staatssekretärin, Frau Dr. Flachsbarth, im Ausschuss bestätigt.

Markus Frohnmaier, Entwicklungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt dazu:

„Die Bevölkerungsexplosion ist die größte Herausforderung, mit der Entwicklungsländer konfrontiert sind. Schwangerschaftsabbrüche sind jedoch weder effizient noch ethisch vertretbar, um das Bevölkerungswachstum einzudämmen. Die Bundesregierung sollte ihre eher diffuse Haltung zu Schwangerschaftsabbrüchen in der Entwicklungszusammenarbeit dringend korrigieren und auf andere Mittel setzen.“

Die aktuelle deutsche Entwicklungspolitik verfügt generell über keinerlei strategischen Fokus. Sie finanziert zu viele Projekte in zu vielen Staaten über zu viele Sektoren und zu viele Förderungsempfänger hinweg. Eine gesunde demografische und wirtschaftliche Entwicklung

erfordert eine bessere Sekundarbildung insbesondere für Frauen und Investitionen in den Markt. Deswegen muss sich die deutsche Entwicklungspolitik auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Unternehmen und marktorientierte Qualifizierung konzentrieren.

Einen bevölkerungspolitischen Mentalitätswechsel müssen Entwicklungsstaaten schlussendlich selbst vollziehen. Wenn der Präsident von Uganda, Herr Museveni, sagt, Uganda habe Platz für eine weitere Verdopplung der Bevölkerung und er sehe sich als Großvater dieser Kinder, steht das repräsentativ für die vorherrschende Familienpolitik vieler afrikanischer Staaten. Eine weitere Entwicklungskooperation mit solchen Regierungen halte ich nicht für sinnvoll. Entwicklungshilfe darf nicht bedeuten, dass der deutsche Steuerzahler für bewusste Fehler anderer Staaten haftet.“  
<https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-abtreibungen-kein-effizientes-und-ethisches-mittel-zur-eindaemmung-der-afrikanischen-bevoelkerungsexplosion/>

### **Erdogan trägt die Verantwortung für das Flüchtlings-Chaos**

Zum von Erdogan gesprengten EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen und dem Treffen mit von der Leyen in Brüssel kommentiert der Außenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Armin-Paulus Hampel:

„Um es klar zu sagen: Die Bundesregierung und Frau von der Leyen müssen mit dem Klammerbeutel gepudert sein. Wieso verhandelt man mit einem türkischen Staatspräsidenten, der mit Gewalt in Nordsyrien interveniert, Tod und Zerstörung verursacht und entsprechend Hunderttausende zur Flucht bewegt. Weshalb sollte Deutschland oder die EU für ein solch völkerrechtswidriges Unternehmen geradestehen und mit Milliarden an Euro belohnen?

Keinen zusätzlichen Cent für Ankaras Staatskasse, keine NATO-Unterstützung und ein Ende der Beitrittsverhandlungen zur EU!

Griechenland verteidigt energisch seine Grenze zur Türkei und damit die EU-Außengrenze an der südöstlichen Flanke. Dafür sollte Deutschland den Griechen mit einem großen Kontingent an Bundespolizisten helfen. Von der Leyen hat bei dem Treffen mit Erdogan ihre Inkompetenz bewiesen und völlig hilflos agiert. Der türkische Machthaber hat zu erkennen gegeben, dass er sie und die EU nicht ernst nimmt. Merkel darf sich von Erdogan jetzt nicht mit Flüchtlingskindern moralisch erpressen lassen. Es ist Unsinn sie nach Deutschland zu holen und sie von ihren Familien zu trennen.

Wir fordern Außenminister Maas auf, die deutschen Botschaften in den Herkunftsländern anzuweisen, Fluchtwilligen eine klare Botschaft zu schicken: ‚Ihr seid in Deutschland nicht willkommen.‘ So wie es seit Jahren vernünftige Regierungen wie in Australien handhaben.“  
<https://www.afdbundestag.de/hampel-erdogan-traegt-die-verantwortung-fuer-das-fluechtlings-chaos/>

### **Resolutionen der bildungspolitischen Sprecher zur besseren Vorbereitung von Schulen auf das Corona-Virus**

Corona-Virus: AfD fordert bessere Vorbereitung der Schulen

Die bildungspolitischen Sprecher der AfD aus Bund und Ländern fordern anlässlich ihres siebten

interfraktionellen Treffens in Berlin eine bessere Vorbereitung von Schulen und Kindergärten auf die Folgen der Verbreitung des Corona-Virus, Covid-19.

Dazu gehöre ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der hygienischen Bedingungen. An vielen Schulen seien die sanitären Anlagen in einem Zustand, der „eher geeignet ist, sich anzustecken als Ansteckungen zu vermeiden.“ Des Weiteren müsse Aufklärung und Information von Lehrern, Schülern und Eltern verbessert werden.

Auf Landesebene und an den Schulen selbst sollten zudem Notfallpläne erstellt werden, um im Fall von plötzlichen Schulschließungen vorbereitet zu sein. Darin sei unter anderem zu regeln, wie die Schüler während der Schulschließung mit Aufgaben versorgt werden können. Dazu sollte nach Ansicht der bildungspolitischen Sprecher von Aufgabenblättern und digitalen Arbeitsaufträgen Gebrauch gemacht werden.

### **Resolution**

Auswirkungen und Belastungen auf unsere Bildungseinrichtungen durch die unregelmäßige Massenzuwanderung

Die Teilnehmer des siebenten interfraktionellen Bildungstreffens der deutschen Parlamentsfraktionen der Alternative für Deutschland verständigen sich auf folgende Resolution: „Die Auswirkungen der unregelmäßigen Masseneinwanderung, häufig verbunden mit fehlender Integrationsbereitschaft, sind besonders deutlich an deutschen Bildungseinrichtungen zu spüren und verschärfen die ohnehin schon angespannte Situation.

An allen Schulen steigt der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund. Auf den Pausenhöfen wird immer seltener Deutsch gesprochen. Die klassischen Kulturtechniken wie Schreiben, Rechnen und Lesen werden immer weniger beherrscht.

Durch mangelhafte Deutschkenntnisse steigt das Frustrationsniveau der Kinder, und die gesamten Leistungen der Lerngruppen sinken.

Durch die Verwaltungsvorschriften, alle Kinder mit Migrationshintergrund umgehend in den Regelunterricht einzubinden, wird das Problem noch verschärft.

Wir fordern Reformen:

Deutsch muss vor der Teilnahme am Regelunterricht gelernt werden. Dies ist durch einen Sprachtest zu überprüfen. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist die Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme am Unterricht und am gesellschaftlichen Leben.

Bildungsfähigkeit und Bildungsstand müssen zentrale Kriterien einer funktionierenden Einwanderungspolitik werden.“

<https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2020/03/Resolution-2-Corona-Virus-09032020.pdf>

<https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2020/03/Resolution-Inter-Treffen-09032020.pdf>

<https://www.afdbundestag.de/resolutionen-der-bildungspolitischen-sprecher-zur-besseren-vorbereitung-von-schulen-auf-das-corona-virus/>

### **GroKo lässt sich erpressen: Kullertränen als Schutzschild fremder Interessen**

„Gefühlsduselei und Kitsch triumphieren über den kühlen Verstand. Die Freude am Mitleid trübt den Blick.“ So brachte Thomas Rietzschel auf der „Achse des Guten“ das Gutmenschentum treffend zum Ausdruck. „Statt der jungen Männer, die modisch frisiert und gekleidet, forsch über

die Grenze drängen, werden nur noch gebrechliche Alte und weinende Kinder wahrgenommen.“ Weil es eben so in das eigene Weltbild passt und sich gut vermarkten lässt.



Der geplante Alleingang Deutschlands, bis zu 1.500 angebliche „Flüchtlingskinder“ aus den Flüchtlingslagern in Griechenland aufzunehmen, sendet das falsche Signal. Denn damit wird mit Sicherheit eine neue Migrationswelle ausgelöst, wenn es um den Familiennachzug geht, schließlich sollen die Kinder nicht alleine leben. Es scheint sich auf den ersten Blick um eine humanitäre Forderung zu handeln, aber die Kinder werden instrumentalisiert, und man spielt damit dem türkischen Präsidenten Erdogan zu.

Zumal es eine willkürlich festgelegte Zahl ist. Es gibt in ganz Griechenland 5.300 unbegleitete Kinder und Jugendliche, davon sind 9 Prozent unter 14 Jahren, also knapp 500

Kinder für ganz Griechenland, einschließlich der Inseln. Es ist schon jetzt klar, dass es nicht bei den 1.500 Menschen bleiben wird. Daher: Wer die sofortige Aufnahme dieser Menschen in die EU fordert, der spielt Erdogan zu. Deutschland darf sich nicht erpressen lassen! Das Leben der Menschen vor Ort muss verbessert werden!

Sonst bahnt sich ein zweites 2015 an!

Wenn es tatsächlich, wie von der GroKo geplant, dazu kommen sollte, dass „besonders schutzbedürftige Kinder“ nach Deutschland gebracht werden, dann ist das ein sicherer Anreiz für Einwanderungswillige, ihre Kinder auf den Weg nach Europa zu schicken, in der Hoffnung, dass die Familie im Rahmen des Familiennachzugs nachreisen kann. Kinder werden zum Schutzschild fremder Interessen.

Die Linken und Grünen haben aus 2015 nichts gelernt, im Gegenteil. In der vergangenen Woche wurden diverse Anträge beraten, wo die Aufnahme weiterer Flüchtlinge gefordert wurde. Die Grünen fordern gar im Rahmen eines bundesweiten Relocation-Programms ein Kontingent von 5.000 „besonders schutzbedürftigen“ Personen („unbegleitete Kinder, Schwangere, alleinreisende Frauen, Alleinerziehende und schwer Traumatisierte“) aufzunehmen und die Asylverfahren in Deutschland durchzuführen.

Das ist ein verheerendes Signal an alle, die zu uns wollen!

Nein und nochmals nein! Ein zweites 2015, das wollen wir nicht, das schaffen wir nicht und so einen Kontrollverlust darf es nie wieder geben!

<https://www.facebook.com/MarcBernhardAfD/photos/a.953798941309427/2905160436173258/?type=3&theater>



### Die moralische Erpressungspolitik

Die Bundesregierung hat sich dazu entschlossen 1.500 Kinder aus den Flüchtlingslagern auf der griechischen Insel Lesbos aufzunehmen. In der klassischen moralischen Anmaßung dieser



Regierung hoffen sie auf eine „Koalition der Willigen“ bei der sich weitere Länder der Europäischen Union beteiligen und die 1.500 Kinder auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden sollen.

Die Bundesregierung hat nichts aus dem Jahr 2015 gelernt und lässt sich moralisch einmal mehr erpressen. Was in den Mainstreammedien nicht gesagt wird: Mit den 1.500 Kindern sind selbstverständlich auch spätere Familiennachzüge verbunden und das Signal an die weiteren potentiellen Einwanderer ist fatal. Sie

wissen nun genau welche Bilder sie gemeinsam mit den NGO´s und linken Journalisten an der griechisch-türkischen Grenze produzieren müssen, um die Eintrittskarte nach Deutschland zu bekommen. Erdogans Erpressungspolitik ist jetzt schon aufgegangen!

<https://www.facebook.com/siegbert.droese.afd/photos/a.1017347505075801/1926125264198016/?type=3&theater>

## PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.3.2020

### Fachkräfteengpass verstärkt die Corona-Krise

Die Corona-Krise berührt neben Aspekten des Gesundheitsschutzes auch Fragen des Arbeitsmarktes. So ist in Anbetracht der rasanten Ausbreitung des Coronavirus fraglich, wie es um die Leistungsfähigkeit der pharmazeutischen Branche in Deutschland – und damit verbunden – die Fachkräftesituation in diesem Wirtschaftszweig gegenwärtig bestellt ist.

In der Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit (BA) vom Dezember 2019 wird seit Dezember 2016 ein Mangel an Experten im Bereich Apotheker und Pharmazeuten konstatiert. Darüber hinaus mehren sich in der Fachpresse die Berichte über einen punktuellen und regional differenzierten Mangel an Fachkräften in der Pharma- und Chemieindustrie. Die Engpässe betreffen also nicht nur hochqualifizierte Kräfte.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, mit:

„Die Pharma- und Chemieindustrie in Deutschland krankt seit Jahren an einem Fachkräftemangel und kann der Corona-Epidemie deshalb kaum etwas entgegensetzen. Die Bundesregierung hat es versäumt, den Fachkräftemangel der Branche rechtzeitig zu stoppen. Heute fehlen qualifizierte Arbeitskräfte in den verschiedenen Anforderungsniveaus, wodurch die Leistungsfähigkeit der Pharma- und Chemieindustrie in Zeiten einer sich rasant ausbreitenden Epidemiewelle stark

beeinträchtigt ist. Anträge der AfD-Bundestagsfraktion zur Fachkräftesicherung in der Pharmaindustrie und zur Vermeidung von Lieferengpässen wurden von der Bundesregierung auf sträfliche Weise ignoriert. Dies gefährdet nun nicht nur die Leistungsfähigkeit eines lebenswichtigen Wirtschaftszweiges, sondern auch den Gesundheitsschutz der Bevölkerung.“  
<https://www.afdbundestag.de/pohl-fachkraefteengpass-verstaerkt-die-corona-krise/>

### **Der deutsche Film muss attraktiver werden – für eine Reform der Filmförderung**

Auf Einladung des kulturpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Dr. Marc Jongen, fand am 9. März in Berlin das 4. interfraktionelle Treffen der AfD-Kulturpolitiker aus dem Bundestag und den Landesparlamenten zwecks Koordination der kulturpolitischen Initiativen der AfD-Fraktionen statt. Im Rahmen dieses Treffens wurde das folgende Positionspapier zur Filmförderungspolitik verabschiedet:

#### Filmförderung in der Krise

- Trotz eines ausgebauten Filmfördersystems bleiben viele deutsche Filmproduktionen im hohen Maße defizitär. Weniger als zehn Prozent der Fördermittel, die eigentlich als Darlehen gedacht sind, werden zurückgezahlt, und nur eine geringe Zahl der geförderten Filme überschreitet die 100.000-Zuschauer-Grenze.
- Die Entscheidung darüber, welche Filme realisiert werden, obliegt vor allem den Fördergremien und den Fernsehredaktionen, was häufig zu einer „politisch korrekten“ Formatierung der Stoffe im typischen „Gremienfilm“ führt.
- Statt über effektive Reformen in der Filmförderung nachzudenken, stehen nun Forderungen nach mehr „Geschlechtergerechtigkeit“ oder „Diversität“ im Raum. Die strukturellen Probleme, die für die weitgehende Erfolglosigkeit vieler deutscher Filme an den Kinokassen verantwortlich sind, können so in keiner Weise behoben werden.
- Verschärfend kommt das massive Anwachsen von Streaming-Diensten wie Netflix oder Amazon hinzu, die das Kino in seiner bisherigen Form in Frage stellen. Den Kinos fehlen aufgrund dieser Entwicklung zunehmend die attraktiven Filme, für die die Streaming-Dienste die Exklusivrechte innehaben. Die Folge ist ein signifikanter Rückgang der verkauften Kinokarten.

<https://www.afdbundestag.de/jongen-der-deutsche-film-muss-attraktiver-werden-fuer-eine-reform-der-filmfoerderung/>

### **Heimische Landwirtschaft vor den Auswirkungen des Mercosur-Abkommens schützen**

Im heutigen Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft wurde der AfD-Antrag „Schutz der heimischen Landwirtschaft vor den Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten“ (Bundestagsdrucksache 19/16489) von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Der Agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, äußert sich dazu wie folgt:

„Die AfD-Fraktion befürwortet grundsätzlich internationale Handelsabkommen, weil der freie Handel die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders ist. Den verhandelten Vorschlag für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay lehnen wir allerdings ab. Die enthaltenen Zugeständnisse für hochsensible Agrarprodukte würden die heimische Landwirtschaft einem

deutlich verschärften Wettbewerb aussetzen und die ohnehin schon schwierige wirtschaftliche Situation weiter verschlechtern. In Folge käme es zu einem verstärkten Höfesterben. Das lehnen wir ausdrücklich ab.

Wir haben die Bundesregierung deshalb aufgefordert, das Freihandelsabkommen nicht zu ratifizieren, solange es Freihandelsquoten für die sensiblen Agrarprodukte Zucker, Ethanol, Rindfleisch und Geflügelfleisch beinhaltet. Unsere Nachbarländer Frankreich und Österreich haben dies bereits entschieden. Nun liegt es an der Bundesregierung, diesen Weg ebenfalls zu gehen und die heimischen bäuerlichen Familienbetriebe vor den Auswirkungen des Mercosur-Abkommens zu schützen.“

<https://www.afdbundestag.de/protschka-heimische-landwirtschaft-vor-den-auswirkungen-des-mercotur-abkommens-schuetzen/>

### **Kommunalpolitiker, Richter, Soldaten und Angehörige des öffentlichen Dienstes besser schützen!**

Immer wieder kommt es zu Bedrohungen und Übergriffen sowohl auf Politiker aller Ebenen aber auch auf Richter, Soldaten und Angehörige des öffentlichen Dienstes. Zuletzt hatten gefährliche Brandanschläge auf den Wagen des AfD-Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla sowie auf jenen von Nicolaus Fest, den Berliner AfD-Vorsitzenden, für Aufsehen gesorgt. Daneben sind immer wieder Kommunalpolitiker von Bedrohungen und Übergriffen betroffen. Auch Beamte und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, wie auch Richter, ehrenamtliche Richter und Schöffen sehen sich zunehmend einer Bedrohungslage ausgesetzt.

Stephan Brandner, ehemaliger Vorsitzender des Rechtsausschusses und stellvertretender rechtspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, fordert einen besseren Schutz dieser Personengruppen:

„Wer sich für unser Gemeinwesen einsetzt und unserem Staat beruflich oder ehrenamtlich dient, der muss auch vor Übergriffen aufgrund dieser Tätigkeit besonders geschützt werden.

Es kann nicht sein, dass potenzielle Kandidaten für politische Ämter aus Angst vor Übergriffen vor einer Kandidatur zurückschrecken oder Richter Angst haben müssen, Urteile zu verkünden. Gerade in Thüringen hat sich in den letzten Wochen die hässliche Fratze von Bedrohungen, Übergriffen und Anschlägen insbesondere gegen bürgerliche und konservative Politiker deutlich gezeigt. Mit einer Änderung des Bundesmeldegesetzes und der Bundeswahlordnung wollen wir erreichen, dass private Daten, wie die Wohnadresse solcher Personen, nicht an die Öffentlichkeit gelangen, wenn die Betroffenen dies beantragen. Die hohen Hürden für eine Meldesperre, die in der Regel erst greift, wenn es zu spät ist, wollen wir senken. Politisches Engagement und die Arbeit für unseren Staat und unser Gemeinwesen dürfen nie zur Gefährdung für das eigene Leben und das des persönlichen Umfeldes führen“, begründet der Bundestagsabgeordnete Brandner die durch ihn federführend erstellten Initiativen der Fraktion.

<https://www.afdbundestag.de/brandner-kommunalpolitiker-richter-soldaten-und-angehoerige-des-oeffentlichen-dienstes-besser-schuetzen/>

### **Rekord: 250.000 Ausreisepflichtige!**

Ein neuer Rekord: Erstmals hat die Zahl der Migranten, die ausreisepflichtig sind, die Viertelmillion-Grenze überschritten. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der sich ohne Rechtsgrundlage im Land aufhaltenden, abgelehnten Asylbewerber gegenüber Ende 2015 um fast 50.000. Von 252.352 Fällen insgesamt leben 47.250 Ausländer derzeit ohne Duldung bei uns.



Erschwerend kommt hinzu, dass die Rückführung von „vollziehbar ausreisepflichtigen“ Personen in vielen Fällen komplett scheiterte. Im letzten Jahr mussten von 57.000 geplanten Rückführungen rund 32.000 abgesagt werden - ein Plus von 56 Prozent! Oft tauchen die betreffenden Kandidaten kurz vor der Abschiebung unter und sind für die Behörden nicht greifbar. Wo Abschiebehaft das Problem lösen könnte, stehen mit lediglich 578 Zellen schlicht nicht genug Plätze zur Verfügung.

Da nutzt es auch nichts, wenn Seehofers Satz „Menschen ohne Bleiberecht müssen unser Land verlassen, einer Pflicht zur Ausreise muss auch eine tatsächliche Ausreise folgen“ in der Luft verpufft und keinerlei Folgen nach sich zieht. Wo die Zahl der illegal im Land befindlichen Migranten in die Hunderttausende geht, hat die Bundesregierung die Pflicht, jede Anstrengung zu unternehmen, um dieses Problem zu lösen. Wer ausreisepflichtig ist, hat Deutschland unverzüglich zu verlassen.

[https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/neueste-zahlen-aus-dem-bamf-erstmal-mehr-als-250-000-ausreisepflichtige-zahl-der-abschiebe-kandidaten-auf-rekordhoch\\_id\\_11754700.html](https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/neueste-zahlen-aus-dem-bamf-erstmal-mehr-als-250-000-ausreisepflichtige-zahl-der-abschiebe-kandidaten-auf-rekordhoch_id_11754700.html)

## **PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.3.2020**

### **Bundesregierung hält Fehleinschätzung der Bundesanwaltschaft im Fall Hanau für gerechtfertigt**

Nach dem erschütternden Amoklauf von Hanau am 19.2.2020 räumte der Generalbundesanwalt Peter Frank am 21.3.2020 ein, dass die Bundesanwaltschaft bereits im November 2019 Kontakt mit dem mutmaßlichen Täter hatte. Damals habe der Mann Strafanzeige gegen eine „unbekannte geheimdienstliche Organisation“ gestellt und darin zum Ausdruck gebracht, dass es eine übergreifende große Organisation gebe, die vieles beherrsche, „sich in die Gehirne der Menschen einklinkt“ und dort bestimmte Dinge entnimmt, um damit „das Weltgeschehen zu steuern“.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Johannes Huber hat deshalb eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Huber erklärt dazu:

„Es stellt sich daher die Frage, ob die Behörden den mutmaßlichen Todesschützen nicht bereits früher hätten überprüfen sollen. Tobias R. hatte als Sportschütze Zugang zu Waffen. In seinem Schreiben behauptete er höchstpersönlich, dass er mehrmals bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft Hanau und beim Generalbundesanwalt Anzeigen wegen illegaler

Überwachung seiner Person durch einen Geheimdienst gestellt habe. Hätten die Behörden angesichts dieser gefährlichen Verbindung nicht hellhörig werden müssen? Hätten sie R. im Blick haben müssen? Wie kann es möglich sein, dass ‚Waffenbesitzer und zugleich von Verfolgungswahn und anderen Symptomen der Geisteskrankheit geplagte Personen‘ mehrfach bei Behörden aufschlagen und trotz allem keine waffenrechtliche Überprüfung nach der Zuverlässigkeit des Besitzers veranlasst wird?“

Wie nun aus der Antwort auf die Anfrage Johannes Hubers an die Bundesregierung hervorging, würde die Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte Stellen „hinreichende Anhaltspunkte für das Bestehen einer Gefahr im polizeirechtlichen Sinne“ voraussetzen. Ein rechtfertigender Grund dafür wäre die „Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ gewesen. Laut dem parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz, Christian Lange, waren derartige Voraussetzungen nicht erfüllt.

Die Frage, ob eine frühzeitige Reaktion der Behörden die Tat von Hanau hätte verhindern können, blieb unbeantwortet. Zu „hypothetischen Erwägungen“ nehme die Bundesregierung grundsätzlich keine Stellung.

Huber stellt die Vorgehensweise der Bundesanwaltschaft in Frage:

„Es darf nicht sein, dass bereits geringe Bedenken, ob der Zuverlässigkeit eines Waffenbesitzers, zu einer waffenrechtlichen Überprüfung führen können, während ein mehrfach und bis zu höchsten behördlichen Stellen bekannter und offensichtlich psychisch Kranker, als unbedenklich eingestuft wird. Ein rechtzeitiges Handeln, hätte möglicherweise Menschenleben retten können“, erklärt Huber auf die Antwort des Justizministeriums.

<https://www.afdbundestag.de/huber-bundesregierung-haelt-fehleinschaetzung-der-bundesanwaltschaft-im-fall-hanau-fuer-gerechtfertigt/>

### **Die Linke fordert ein bürokratisches Monster zur Personalbemessung für die Pflege in stationären Einrichtungen**

Zum Antrag der LINKEN Drs.-Nr. 19/17544 erklärt der Gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Detlev Spangenberg:

„Die Fraktion der LINKEN hat einen Antrag eingebracht, der etwas fordert, was so nicht nötig scheint: Schon Mitte Januar wurde offiziell die Pflegepersonalregelung – PPR 2.0 – im Rahmen der „Konzertierten Aktion Pflege“ (KAP) vorgestellt. Das Ministerium für Gesundheit hat bereits eine Überprüfung dieses Instrumentes auf Nutzbarkeit erklärt.

Die Linke wünscht die Umsetzung dieser Pflegepersonalregelung in unveränderter Weise und fordert dabei im vorliegenden Antrag die PPR 2.0 per Verordnungsermächtigung des Bundesgesundheitsministeriums einzuführen.

Die Einführung der PPR 2.0 würde voraussichtlich mehr Pflegepersonal erfordern, was entweder zur Folge hat, dass bei der gleichen Anzahl von Patienten mehr Pflegepersonal eingestellt werden muss, oder, im Umkehrschluss, bei der gleichen Anzahl von Pflegepersonal, weniger Patienten behandelt werden können. Nachteile der jetzigen Untergrenzen-Regelung würden wahrscheinlich

bestehen bleiben. Es kann kein benötigtes Personal eingesetzt werden, wenn es auf dem Arbeitsmarkt nicht vorhanden ist.

Eine zeitnahe Umsetzung der Personalbemessung nach dem PPR 2.0 wäre mit Vorbehalt zu betrachten. Die Einführung einer generellen Personalbemessung in den Kliniken wäre nur stufenweise umzusetzen, um den Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, Personal neu gewinnen zu können oder bedarfsgerecht auszubilden.

Sieht man sich das geplante PPR 2.0 an, drängt sich der Eindruck auf, dass ein erheblicher Teil der Arbeitszeit des Pflegepersonals hierbei für bürokratische Formalien beziehungsweise hoher Aufwand für Dokumentationspflichten aufgewendet werden müsste. Wünschenswert wäre ein System, welches weniger Bürokratie erfordert.

Die AfD-Fraktion forderte bereits mit Drs.-Nr. 19/15790 vom 11.12.19 die ‚Aufgabengerechte Personalvorgaben für alle im KH tätigen Berufsgruppeneinführen‘ die Lösung dieses Problems. Unser Antrag wurde jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Mit der Kritik an der von der Bundesregierung bisher bevorzugten Lösung, dem Mangel an Pflegefachkräften mit ausländische Arbeitskräften zu begegnen, steht die AfD-Fraktion nicht alleine da. Erfahrungen zeigen, dass diese scheinbare Lösung nicht hält, was sie bringen soll. Man sollte bedenken, dass die Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland einen Pflegekräftemangel in denjenigen Ländern hervorrufen kann, aus welchem die Pflegekräfte angeworben werden, beispielsweise im Kosovo. Wir dürfen unsere Probleme nicht auf Kosten anderer Länder beheben. Durch bessere Arbeitsbedingungen und Ausbildung in Deutschland müssen wir dem Mangel an Pflegepersonal begegnen. Es hätten schon längst wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden müssen; die demographische Herausforderung war seit vielen Jahren vorauszusehen.“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-die-linke-fordert-ein-buerokratisches-monster-zur-personalbemessung-fuer-die-pflege-in-stationaeren-einrichtungen/>

### **Gesetzentwurf zur „Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ enthält Vielzahl von Schwachstellen**

Am Donnerstag fand im Deutschen Bundestag die Erste Lesung des von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurfes zur „Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“, von manchen auch verkürzend „Kampf gegen Hass und Hetze“ genannt, statt.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Roman Reusch, Rechtspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt dazu:

„Schon der offizielle Titel des Gesetzentwurfs dürfte so manche Stirn in Falten legen: ‚Rechtsextremismus‘ wird in einem Atemzug genannt mit ‚Hasskriminalität‘. Dabei dürfte es doch allgemein bekannt sein, dass ‚Hass und Hetze‘ ubiquitär, also allgegenwärtig und überall verbreitet sind – man denke nur an Rivalitäten unter Fußballfans oder auch an Auseinandersetzungen zwischen Familien oder innerhalb einer Familie. Warum der Begriff des Rechtsextremismus gleichwertig danebengestellt wird, erschließt sich nicht ohne weiteres; offensichtlich soll hier wieder einmal politisch ‚ein Zeichen gesetzt‘ werden.“

Der Gesetzentwurf enthält – neben einigen teils sinnvollen, teils vertretbaren Änderungen strafrechtlicher Vorschriften – in seinem zentralen Anliegen mehrere Schwachstellen. So soll eine Anzeigepflicht für bereits begangene Straftaten wie Beleidigungsdelikte oder Fälle der Bedrohung konstituiert werden, eine Pflicht, die es sonst im deutschen Recht nicht gibt, nicht einmal für Mord und Totschlag – ein Wertungswiderspruch, den mir bislang niemand auflösen konnte. Die Beurteilung, ob strafbares Verhalten vorliegt oder nicht, wird Privaten überlassen – und diejenigen werden in Zweifelsfällen sich eher FÜR eine Anzeigenerstattung entscheiden, als sich dem Vorwurf eines pflichtwidrigen Unterlassens aussetzen zu lassen. Für die Bearbeitung dieser Anzeigen soll das Bundeskriminalamt zuständig sein; hoch qualifizierte Kriminalbeamte sollen also nicht mehr Schwerstkriminalität und internationalen Terrorismus bekämpfen, sondern Beleidigungen und Bedrohungen – ebenfalls eine Schieflage. Ungeklärt ist auch, wo die zusätzlichen Beschäftigten des BKA untergebracht werden sollen – vielleicht ist in den weiten Räumen der Normannenstraße noch Platz.

Der Gesetzentwurf enthält eine Vielzahl von Schwachstellen und Widersprüchen; der zu erwartenden Anhörung von Sachverständigen in der Ausschussarbeit darf man also gespannt entgegensehen.“

<https://www.afdbundestag.de/reusch-gesetzentwurf-zur-bekaempfung-des-rechtsextremismus-und-der-hasskriminalitaet-enthaelt-vielzahl-von-schwachstellen/>

### **Wir brauchen und wollen mehr Sitzungswochen im Deutschen Bundestag**

In seiner heutigen Sitzung hat der Deutsche Bundestag über die Verteilung der Sitzungswochen im ersten Halbjahr 2021 beraten. Die AfD-Fraktion schlug vor, drei zusätzliche Sitzungswochen im ersten Halbjahr anzusetzen, da unter anderem zum einen aufgrund der bevorstehenden Bundestagswahl damit zu rechnen sein muss, dass Sitzungswochen wegfallen, beziehungsweise Abgeordnete nicht mit ganzer Kraft dem Parlament zur Verfügung stehen und zum anderen, weil unklar ist, welche Auswirkungen die aktuelle ‚Corona-Krise‘ auf die Möglichkeit der Durchführung von Sitzungswochen hat.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner machte während der Plenardebatte deutlich, dass der Entwurf eines Arbeitsplans durchaus noch freie Kapazitäten zeigt:

„Wir brauchen weder eine Skiferienpause im Januar, noch eine dreiwöchige Karnevalspause und auch keine zwei Wochen Pause zur Pfingstzeit. Als Abgeordnete stehen wir im Dienste des deutschen Volkes und müssen den Ausgleich zwischen Wahlkreisarbeit und Arbeit im Parlament finden. Ich selbst bin ständig in meinem Wahl- und meinem Betreuungskreis unterwegs und nehme deutschlandweit Termine wahr.

Die Kollegen der Fraktionen, die jetzt am lautesten rufen, dass sie keine Zeit für mehr Sitzungswochen haben, da sonst ihre Wahlkreisarbeit gefährdet ist, sehe ich dabei höchst selten, eigentlich nie. Hinzukommt, dass die Mehrheit im Bundestag sich schon dafür entschieden hat, die Redezeiten um 20 Prozent zu kürzen und so für einen pünktlichen Feierabend zu sorgen. Eine Kürzung der Diäten stand jedoch nie zur Debatte. Als AfD-Fraktion stehen wir zu unserem Wort und setzen uns für ein fleißiges Parlament ein.“

<https://www.afdbundestag.de/brandner-wir-brauchen-und-wollen-mehr-sitzungswochen-im-deutschen-bundestag/>

### **Sea Guardian beenden**

Der Auswärtige Ausschuss des Bundestages beriet am Mittwoch über den AfD-Antrag zur Beendigung des Einsatzes der bewaffneten deutschen Streitkräfte an der Operation Sea Guardian im Mittelmeer. Zudem lehnte die AfD-Fraktion den Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des Einsatzes ab und fordert sie auf, diese Militäroperation zu evaluieren.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Viktor Podolay, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, weist erneut auf fehlende Ergebnisse der Operation Sea Guardian und unzureichende Berichterstattung der Bundesregierung hin:

„Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Wir – das Parlament – sollen über die Auslandseinsätze unserer Armee ausführlich informiert werden. Bereits vor einem Jahr habe ich mich über die äußerst unzureichende Berichterstattung der Bundesregierung beschwert – konkret auch damals zum Fall Sea Guardian. Seitdem hat sich nichts geändert. Die Verantwortlichen im zuständigen Ressort haben sich an dieser Stelle nicht verbessert und halten wesentliche Informationen nach wie vor zurück.

Die wöchentliche schriftliche Unterrichtung des Parlaments durch das Verteidigungsministerium besteht nach wie vor aus sechs Sätzen und beinhaltet keinerlei Daten über die Lage im Mittelmeer. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die notwendigen Evaluierungsmaßnahmen im Fall Sea Guardian schnellstmöglich zu ergreifen und gegenüber dem Bundestag über deren Ergebnisse zu berichten.“

<https://www.afdbundestag.de/podolay-sea-guardian-beenden/>

### **GroKo verhindert Aufsetzung des AfD-Antrags zum NetzDG**

Heute debattiert der Bundestag die Verschärfung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes. Der AfD-Antrag, der vor der Verschärfung die Evaluierung des NetzDGs fordert, konnte nicht mit aufgesetzt werden. Die große Koalition lehnte ihn mit der Begründung der „Inhaltsferne“ ab.

Dazu die Bundestagsabgeordnete und digitalpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Joana Cotar:

„Am Welttag gegen die Zensur im Internet verschärft die Regierung das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Mehr Hohn geht nicht. Wieder einmal greift diese Regierung tief in die Bürgerrechte ein, beschneidet die Meinungsfreiheit und setzt alles daran, die Bürger einzuschüchtern.

Dass die Union und die SPD die Aufsetzung unseres Antrags verhindert haben, so dass er nicht zeitgleich mit dem Gesetz zur Hasskriminalität debattiert werden kann, zeigt, dass wir ins Schwarze getroffen haben. Die GroKo will sich der unbequemen Frage nicht stellen, wieso sie ein Gesetz verschärft, bevor sie es – wie im Koalitionsvertrag versprochen – evaluiert hat. Der Vorwurf der ‚Inhaltsferne‘ ist an den Haaren herbeigezogen und eine reine Schutzbehauptung.

Die AfD-Fraktion wird aber nicht aufhören, den Finger weiter in die Wunde zu legen. Wir stellen uns jeder Art der Zensur entgegen und kämpfen für ein freies Netz und die Meinungsfreiheit. Wenn die GroKo sich unserem Antrag heute nicht stellen will, wird sie das eben an einem anderen Tag tun müssen.“

<https://www.afdbundestag.de/cotar-groko-verhindert-aufsetzung-des-afd-antrags-zum-netzdg/>



## PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.3.2020

### **Bundesregierung wusste bereits 2013 um Versäumnisse im Falle einer Pandemie**

Schon im Januar 2013 veröffentlichte die damalige Bundesregierung – ebenfalls unter Führung Angela Merkels – einen Bericht, der die Folgen einer Pandemie für Deutschland analysierte. Eine modellierte SARS-Infektion wurde herangezogen, um den Verlauf einer Pandemie in unserem Land zu simulieren. Im Ergebnis kam die Bundesregierung zum Schluss, dass das Gesundheitssystem für den Ausbruch einer solchen Pandemie nicht gerüstet ist. Dazu Dr. Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag:

„Schon vor 7 Jahren eruierte die Bundesregierung richtigerweise die Folgen einer Pandemie für unser Land – und erkannte schon damals die Probleme, die sich in einer solchen Situation ergeben würde. Doch obwohl Angela Merkel, Kanzlerin damals und heute, also über diese Problemstellung informiert war, handelten weder sie noch das Gesundheitsministerium bisher entsprechend.“

Stattdessen wurde der Ausbruch des Corona-Virus zunächst in China und später auch in Italien völlig unterschätzt. Wider besseres Wissen gab die Bundesregierung bis heute lediglich Handlungsempfehlungen, fing also da bei null an, wo bereits entsprechende Fakten und Zahlen seit sieben Jahren in der Schublade lagen. Koordinierte Maßnahmen finden nicht statt, medizinisches Gerät soll erst jetzt beschafft werden – was angesichts der europaweiten Pandemie aussichtslos sein dürfte.

Das Handeln der Bundesregierung ist unverantwortlich und fahrlässig. Der Schutz unserer Senioren, unserer Kinder, der Schutz einfach aller Menschen in unserem Land wird bewusst vernachlässigt, statt ihn in den Vordergrund jeglichen politischen Handelns in dieser Krise zu stellen. Diese Fehler und Nachlässigkeiten müssen zu gegebener Zeit lückenlos aufgearbeitet werden und die entsprechenden Konsequenzen nach sich ziehen. Was die politisch Verantwortlichen hier abliefern, ist mehr als traurig. Es klingt wie Hohn, wenn die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag behauptet: ‚Deutschland ist gut vorbereitet‘.“

Bericht der Bundesregierung 2013: <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712051.pdf>  
<https://www.afdbundestag.de/weidel-bundesregierung-wusste-bereits-2013-um-versaemnisse-im-falle-einer-pandemie/>

### **Bundesregierung leugnet Pull-Effekt von Sozialleistungen in Deutschland**

Einer Studie der Universität Princeton zufolge besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen der Sogwirkung (Pull-Effekt) von staatlichen Sozialleistungen und Migration. Über einen Zeitraum von zehn Jahren wurden die Auswirkung von Sozialleistungen auf die Migration in Dänemark untersucht. Der hessische AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz hat dazu eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt.

Schulz kritisiert die Bundesregierung für ihre Antwort:

„Die Bundesregierung wird nicht müde zu erklären, dass die Sozialleistungen eines Staates keinerlei Einfluss auf die Migrationsentscheidung haben, obwohl die Studie eindeutig den kausalen Zusammenhang herausgearbeitet hat. Laut Bundesregierung soll jedes EU-Mitglied selber für die Versorgungsleistungen von Asylsuchenden aufkommen und an die jeweiligen Lebenshaltungskosten anpassen. Damit würde eine relative Gleichheit der Aufnahmeleistungen in den EU-Mitgliedstaaten geschaffen werden.

Diese Antwort zeigt in sich schon die Scheinheiligkeit und die Beschwichtigungsversuche auf die unangenehmen Fragen der AfD-Fraktion auf. Aufgrund der Antwort kann man nun auch verstehen, warum die so genannten Asylsuchenden in Deutschland um Asyl ansuchen und nicht zum Beispiel in den EU-Mitgliedsländern Rumänien, Bulgarien oder Ungarn um Aufnahme bitten. Die Sozialleistungen in den genannten EU-Staates sind einfach zu gering. Natürlich ist damit auch ein Pull-Effekt verbunden. Die Sozialleistungen sind kausal für die Entscheidung welcher Asylaufnahmestaat ausgesucht wird.

Vor dem Hintergrund der angespannten Situation an der griechisch-türkischen Grenze sollte sich die Bundesregierung diesem Faktum nicht verschließen. Ich fordere daher die Bundesregierung auf, einen stringenten Kurs in Bezug auf die Sicherung der EU-Außengrenze zu verfolgen, um den Pull-Effekt nicht weiter anzuregen.“

<https://www.afdbundestag.de/schulz-bundesregierung-leugnet-pull-effekt-von-sozialleistungen-in-deutschland/>

### **Die politische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes wird eine zunehmende Gefahr für unsere Demokratie**

Zur Einstufung des sogenannten Flügels als „erwiesen rechtsextremistische Bestrebung“ durch den Verfassungsschutz erklärt der Leiter der Arbeitsgruppe Verfassungsschutz und Bundestagsabgeordnete der AfD, Dr. Roland Hartwig:

„Seit Januar 2019 beobachtet der Verfassungsschutz den sogenannten Flügel der AfD als Verdachtsfall. Schon die damals gegebene Begründung erwies sich als haltlos. Es wurde deutlich, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz damit unter seinem neuen Leiter Thomas Haldenwang in erster Linie interessengeleitete Politikansätze verfolgte. Mit seiner eigentlichen Aufgabe, die Verfassung zu schützen, hatte das nicht mehr viel zu tun.

In der heutigen Pressekonferenz wurde offensichtlich, dass Herr Haldenwang, der erneut wie ein Politiker und nicht wie ein neutraler Behördenchef auftrat, als Ergebnis dieser Beobachtung nichts vorzuweisen hatte. Er wiederholte seine bereits bekannten unzutreffenden Vorwürfe und griff erneut politische Positionen des Flügels an, die sich eindeutig im Rahmen der Verfassung bewegen.

Doch statt die Beobachtung daraufhin einzustellen, stuft er den Flügel als ‚erwiesen rechtsextrem‘ ein. Die schon vor einem Jahr aufkommende Befürchtung, dass sich das Amt unter Haldenwang politisch instrumentalisieren lassen könnte, hat sich damit vollumfänglich bestätigt.

Damit sind wir leider gezwungen, Herrn Haldenwang erneut gerichtlich in seine Schranken verweisen zu lassen. Wir werden deshalb die bereits erhobenen Klagen gegen die Beobachtung und eine zu befürchtende Nennung in den Verfassungsschutzberichten entsprechend ergänzen.



Ein Verfassungsschutz, der rechtswidrig eine demokratische Oppositionspartei angreift und diffamiert, stellt selbst eine Gefahr für unsere Verfassung dar.“

<https://www.afdbundestag.de/hartwig-die-politische-instrumentalisierung-des-verfassungsschutzes-wird-eine-zunehmende-gefahr-fuer-unsere-demokratie/>

## Videos aus Sachsen und den Parlamenten

### AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

### AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

[https://www.youtube.com/channel/UC\\_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos](https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos)

### AfD Kompakt TV

Alle Videos von Kompakt TV finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCq2rogaxLtQFrYG3X3KYNww/videos>



## Meldungen aus Deutschland und der Welt

### Deutschland

**K.I.Z: Am Corona-Virus sterben nur alte, weiße Männer**

<https://jungfreiheit.de/kultur/gesellschaft/2020/kiz-am-corona-virus-sterben-nur-alte-weisse-maenner/>

**Private Wachleute vor Kasernen kosten jährlich 430 Millionen Euro**

<https://www.tagesspiegel.de/politik/bundeswehr-schuetzt-sich-nicht-mehr-selbst-private-wachleute-vor-kasernen-kosten-jaehrlich-430-millionen-euro/25625904.html>

**Bei Bayer geht's nach hinten los... Armes Deutschland!**

<https://www.youtube.com/watch?v=O-3i27y2EPQ>

**Migrationskrise: Verschweigt Türkei eine Corona-Epidemie?**

<https://www.wochenblick.at/migrationskrise-verschweigt-tuerkei-eine-corona-epidemie/>

**„Ihr seid verloren“: Xavier Naidoo kritisiert Flüchtlings-Politik**

<https://www.wochenblick.at/ihr-seid-verloren-xavier-naidoo-kritisiert-fluechtlings-politik/>

**Das Kind auf dem Weg nach Deutschland. Elter 1-5.000 als Begleitung dabei.**

<https://www.heike-themel.de/2020/03/11/das-kind-auf-dem-weg-nach-deutschland-elter-1-5-000-als-begleitung-dabei/>

**Mikrochips unter der Haut: Mit der Hand bezahlen – sieht so unsere Zukunft aus?**

<https://mobil.stern.de/digital/technik/mikrochips-unter-der-haut--chancen-und-risiken-des-digitalen-fortschritts-9122316.html>

**AfD-Fraktion Sachsen stellt Dringlichkeitsantrag: Schulen und Grenzen sofort schließen!**

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/afd-fraktion-sachsen-stellt-dringlichkeitsantrag-schulen-und-grenzen-sofort-schliessen-a3183318.html>

## Informationen zum Coronavirus

### **Überblick der weltweiten Ausbreitung**

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08gQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

### **WHO erklärt Corona-Krankheit COVID-19 zur Pandemie**

<https://deutsch.rt.com/international/99128-weltgesundheitsorganisation-who-erklart-corona-krankheit/>

### **Tschechien Ruft Nationalen Notstand Aus - Neue Maßnahmen gegen Corona**

<http://www.landesecho.cz/index.php/gesellschaft/1264-tschechien-beschraenkt-grenzverkehr-zu-deutschland-und-oesterreich-neue-massnahmen-gegen-corona>

### **Live-Ticker: Tödliches Coronavirus aus China breitet sich aus – alle Updates**

<https://de.sputniknews.com/panorama/20200127326380182-live-ticker-coronavirus-china-breitet-sich-aus-updates/>

### **12 Personen im Landkreis Bautzen mit Corona-Virus infiziert**

<https://www.landkreis-bautzen.de/lagebericht-corona-virums-in-landkreis-bautzen-stand-17-30uhr.php>

### **Ungarn sperrt Grenzübergänge**

<https://burgenland.orf.at/stories/3038814/>



## Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

## PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

## SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen  
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552  
BIC: OSDDDE81XXX  
Ostsächsische Sparkasse

\*\*\*

**VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!**

## KONTAKT:

Büro Bautzen  
Karl-Marx-Str. 15  
02625 Bautzen  
03591-5328336  
Montag – Freitag  
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda  
Friedrichsstr. 9  
02977 Hoyerswerda  
03571-2096287  
Montag – Donnerstag  
10.00-18.00 Uhr  
Freitag  
10.00-16.00 Uhr

Büro Kamenz  
Klosterstr. 4  
03578-7889108  
Montag – Freitag  
Montag 12.00-18.00 Uhr  
Dienstag 10.00-18.00 Uhr  
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr  
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr  
Freitag 8.00-13.00 Uhr

[www.afdbautzen.de](http://www.afdbautzen.de)  
[info@afdbautzen.de](mailto:info@afdbautzen.de)



AfD-Kreisverband Bautzen